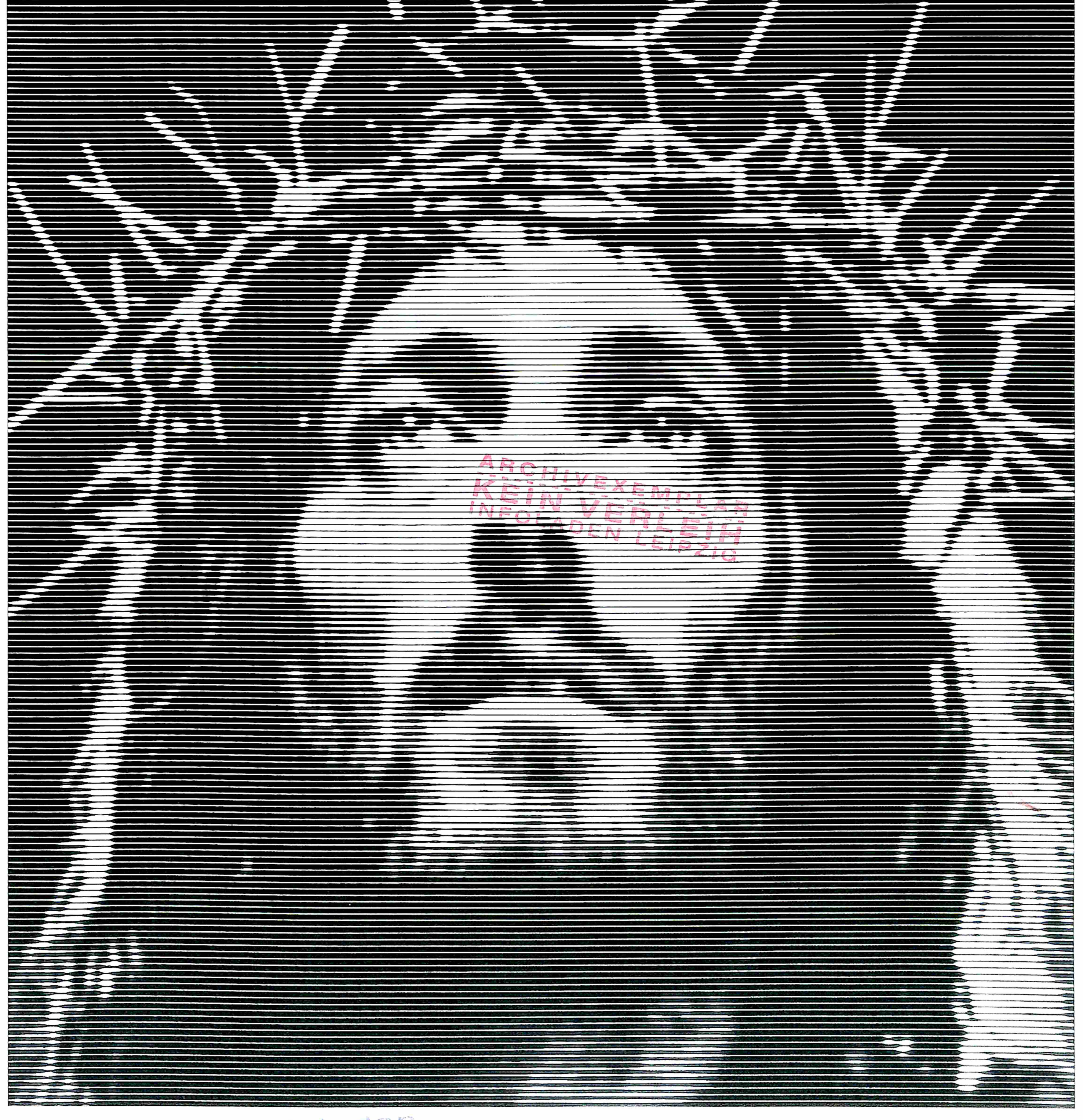
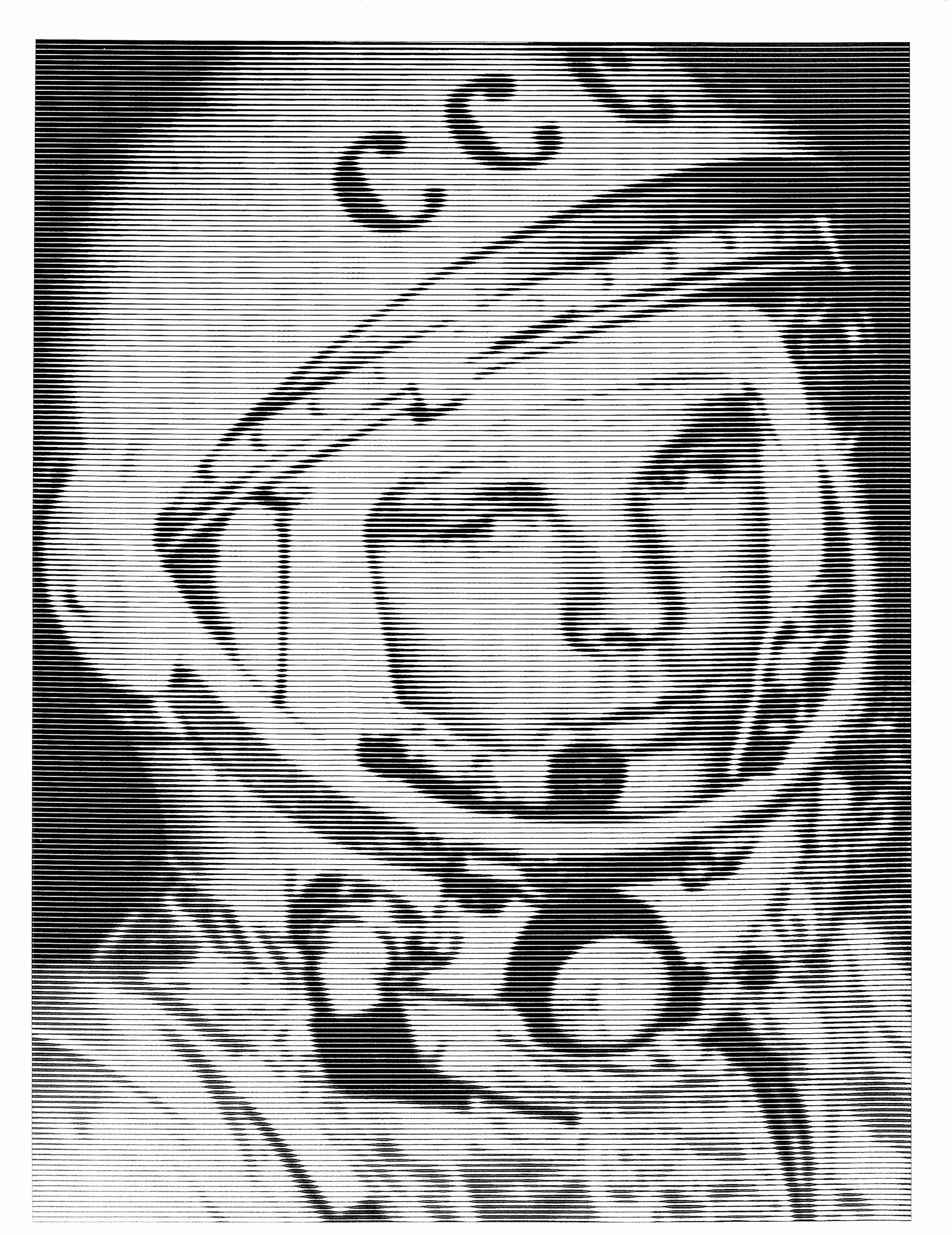
ZAG

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT EURO 3,5

HERBST 2007 NUMMER 51

GRENZERFAHRUNGEN





INHALT

ZAG 51 2007

EDITORIAL

KKK!

Seit der letzten ZAG *Verschwörungen* haben wir's gewusst, dass SIE es nicht so einfach auf sich beruhen lassen, wenn wir SIE versuchen zu enttarnen. SIE schlagen zurück und rächen sich durch gnadenlose Feldzüge gegen die labile Psyche der Redaktion. Unsere Sportlerherzen blieben stehen, als wir zusehen mussten, wie ein von IHNEN manipulierter Hawaii-Toast die deutschen Ironman-Hoffnungen in der Toilette weggurgelten. Zwar setzten SIE auch alle IHRE Mittel ein, um unsere WM-Helden an Irland scheitern zu lassen – doch noch haben SIE hier den Kürzeren gezogen.
Aber das ist noch nichts gegen das Treiben von IHNEN, welches die Frau Herman jetzt aufgedeckt hat. Da sagt die Eva doch nur die einfache Wahrheit, dass Frauen nicht nur am *Eva-Vibrator-Dildo* der *Fun Factory – von Frauen für Frauen* (www.eva.de) Spaß haben können, sondern auch an den klassischen deutschen drei Ks: Kinder, Küche, Kirche. Und dass bei dem Dölfle nicht alles schlecht war – und schon sind SIE zur Stelle!
Dabei geht's doch um das Gute! Das können SIE nicht ertragen. Warum muss denn immer alles so negativ sein – immer anti! Es muss doch auch mal möglich sein, was Positives zu sagen in unserer Zeit. Dabei gab es doch so viel Gutes an ihm: Er war tierlieb, er konnte mit Messer und Gabel essen, er hat Musik geliebt, er war Künstler, er hat Autobahnen gebaut... Schon schlagen SIE zu! Bösartig nutzen SIE IHRE Kontrolle über IHRE gleichgeschaltete Presse!
Aber das ist noch längst nicht alles. SIE rekrutieren bald auch IHRE Agenten in unserer Jugend. Wir können bald schon im Krabbelpark bei IKEA nicht mehr vor IHNEN sicher sein, denn ganz offensichtlich erlag Ursula »Mutterkreuz« von der Leyen IHREM Einfluss. Die Abhörrassel von IM Baby wird uns bald das Fürchten lehren!
Aber wir wollen ja wie immer trotzdem fröhlich sein – und auch fröhlich bleiben! So ist doch endlich klar, warum wir so Spitze sind. Die arabischen Mekka-Beter können halt nur Deppen produzieren – was an den zwischen 1980 und 1999 gerade mal 370 in den USA angemeldeten Patenten (Südkorea brachte es im selben Zeitraum auf 16.328) glasklar erkennbar ist. Politische Strukturen, ökonomische Situation – alles selbstgemacht! Wer wird denn von Kolonialismus reden – 40 Jahre nach Che!
Ganz anders: WIR! Wir sind Nobelchemiker, Nobelphysiker und auch bei der Nobelklimaforschung waren wir ganz wesentlich dabei! Da sind orange Mönchswasserleichen in Birma doch wirklich kein Grund wegen der traditionellen und seit Jahrzehnten erfolgreichen deutschen »kritischen« Partnerschaftspolitik ins Grübeln zu kommen. Ist doch grade mal 'n Milliärdchen DMs zwischen 1970–1988 an die Ordnungsmeister gegangen. Und MAN, DEUTZ, HECKLER & KOCH waren doch von den Herren Generälen genauso positiv angetan wie uns aller Ritschi von Weizsäcker, der bei seinem 1986er Besuch sogar Elefant reiten durfte – wie ein echter Maharadscha – war das schön! Kaufen wir mal 'ne Zeit lang keine Rubine, wird sich schon wieder legen, das Krakeele.

Ganz kritisch.
Eure partnerschaftl.
ZAG

ANTI-MUSLIMISCHER RASSISMUS IN BERLIN

GRUPPE SOZIALE KÄMPFE

Die »Freiheit« und »Sicherheit« in prekarisierten Zeiten ist bestimmt durch die Pole »Kritik des Islamismus« und »Respekt vor den Eigenarten der Kulturen«. Wie eng diese beiden Pole zusammenhängen, lässt sich beispielsweise einem Freispruch-Urteil gegen einen muslimischen Mann entnehmen, der seine Ehefrau geschlagen hatte. Die Richterin prangerte zwar einerseits den Islam für seine Frauenverachtung an, legte dies aber zugleich gegen die Frau aus, die – sich als Teil dieser Kultur betrachtend – deswegen mit den Schlägen hätte rechnen müssen. Eine Definition als Muslima kommt in dieser kulturrelativistischen Betrachtung einem aktiven Akt des Verzichts auf das Recht auf Unversehrtheit gleich.

Das Feld ist zudem dadurch bestimmt, dass eine »Kritik des Islamismus« auf der einen und ihrer Zurückweisung als Rassismus auf der anderen Seite sich gegenseitig stumm und dumm machen. Sie wird zurückgewiesen, da sie den derzeitigen rassistischen Wahrnehmungen und Zuschreibungen in die Hände spiele – die es ja auch tatsächlich gibt. In ihnen spielt der Bezug auf freiheitliche Werte und auf die »Rückständigkeit« des Islamismus eine zentrale Rolle.

Die Diskussion stößt in die Lücke, die »Multikulti« statt eines gesellschaftlich wirksamen Antirassismus hinterlassen hat: statt die sozialen Grundlagen von Rassismus zu bekämpfen, wurde die Toleranz gegenüber »fremden« Kulturen gepredigt und ihre Nützlichkeit und Bereicherung betont. Unthematisiert blieb dabei die Vorherrschaft der Sprecherposition, die sich zu der Toleranz herablässt, weil sie nicht von wirklicher Teilhabe und sozialer Bewegung zur Aufgabe ihrer Privilegien gezwungen wird. Diese herrschaftliche Sprecherposition wird beibehalten und sichtbar, wenn man sich entschließt, »so weit« dann doch nicht gehen zu wollen. In der Toleranz – gegen Terror, »Missbrauch« der Religionsfreiheit und Frauenunterdrückung – gilt es schließlich zusammenzustehen, das Eigene zu verteidigen und den Staat als Sachwalter der Emanzipation anzurufen. Die daraus resultierenden Ausgrenzungserfahrungen, die anhaltende Unterschichtung der Gesellschaft stärkt identitäre Politik und den Zuspruch zu radikalen Strömungen in migrantischen Communities.

Dieses komplizierte Feld, durchzogen von Fallstricken und der Gefahr, als Fürsprecher »der Falschen« wahrgenommen zu werden, hat in den Reihen der emanzipatorischen Linken vor allem zum Schweigen geführt. So bleibt sie passiver Teil einer Konstellation, die sie nicht will, aber auch nicht aktiv bekämpft. Eine handlungs- und politikfähige Linke muss aber Wege finden, sich in dieser Gemengelage politisch zu verorten. Sie ist ein zunehmend wichtiger Teil gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen.

Aktuell zeigt sich dies in den politischen Debatten und Kämpfen um den Bau von Moscheen in Köln, Bremen, München oder Berlin Pankow-Heinersdorf. Die öffentliche Reaktion fällt in den Städten ganz unterschiedlich aus. Das Spektrum reicht von rechts-konservativen Bürgerbewegungen über Bündnisdemos aus Parteien, Kirchen und Gewerkschaften gegen ebensolche konkreten Vorhaben (Köln) bis zur Kritik an den Moscheeplänen konservativer islamischer Verbände und dem damit verbundenen Alleinvertretungsanspruch (unter anderem Necla Kelek). Gleichzeitig gibt es immer wieder Stimmen, die die Stimmungsmache gegen Moscheen verurteilen und sich für das Grundrecht auf Religionsfreiheit einsetzen. Für den Streit um den Moscheebau in Pankow- Heinersdorf haben wir im Folgenden versucht, Klarheit in die politische Debatte zu bekommen und so Handlungsfähigkeit zu zeigen.

DER ANLASS

Die Ahmadya-Gemeinde, die bisher ein Gemeindehaus in Reinickendorf betreibt, hat sich ein Grundstück neben der Autobahnauffahrt in Heinersdorf gekauft und möchte dort eine Moschee erbauen – der Bauvorantrag wurde bereits 2005 gestellt; die Genehmigungen liegen vor. Aufgrund der Religionsfreiheit ist es in Deutschland kaum möglich, solche Genehmigungen nicht zu erteilen. Gegen den Bau bildete sich 2006 ein Bürgerbündnis –

Die *Gruppe Soziale Kämpfe* gibt es seit Anfang des Jahres 2007. Viele von uns waren früher in der mittlerweile aufgelösten *Gruppe Kritik und Praxis* Berlin aktiv. Die schon in dieser Gruppe begonnene Arbeit gegen die Verhinderung eines Moscheebaus in Pankow durch eine Bürgerinitiative setzen wir seitdem fort.
Im Zentrum unseres Interesses steht, wie diese neue Konjunktur im Rassismus mit gesellschaftlichen Umarbeitungen, Terror- und Sicherheitsdiskurs, Prekarisierung und globalen Kräfteverhältnissen vermittelt ist. Hier liegt unseres Erachtens ein blinder Fleck der aktuellen Debatte.

Initiative Pankow-Heinersdorfer Bürger (IPAHB) — das zunächst mit einer Klage, dann mit bis heute stattfindenden regelmäßigen Demonstrationen versuchte, den Bau der Moschee zu verhindern. An den Demonstrationen nahmen bis zu 1.500 Moschee-Gegner teil. Nach der Grundsteinlegung gingen die Demonstrationen weiter. Von Beginn an boten die Demos Raum für Nazis (bis zu 200 bei der letzten Demonstration).

In Zusammenarbeit mit dem örtlichen Bündnis, bestehend aus Linkspartei, PDS, WASG und der Antifa, versuchten wir zunächst eine IPAHB-Demo zu blockieren und eine Kundgebung während einer IPAHB-Demo abzuhalten. Dabei zeigte sich eine eklatante Unterzahl gegenüber den Mobilisierungen der Rassisten.

WIR SIND DAS VOLK

Die Argumentationen der IPAHB – und auch die aufgebrachten Reaktionen der BürgerInnen vor Ort – sind in verschiedenen Demonstrationen (zum Teil weit über 1.000 Personen und unter Beteiligung führender Berliner Neonazis), Flugblättern, Unterschriftenaktionen und anhand eines Berichts von Spiegel-TV über die Fragestunde der BVV und der Internetseite der IPAHB zum Tragen gekommen. Die Mobilisierung arbeitet stark mit der Entgegensetzung von Anwohnern, Alteingesessenen, den »Herrn im Hause« gegen »die Anderen«. Letztere sind zum einen »die da oben« und andererseits »die Fremden«, die »uns« von jenen aufs Auge gedrückt werden. Die Moschee und ihr Klientel werden mit sozialen Verschlechterungen in Verbindung gebracht, die für »unseren schönen Bezirk« zu befürchten sind. Kreuzberg und Neukölln werden explizit als Schreckbild der Verarmung und Kriminalität benannt, die von Pankow abgewendet werden soll. Die Politiker, die in dieser Auseinandersetzung keine Unterstützung signalisieren, werden als von den Interessen der Bevölkerung abgehoben kritisiert.

Diese zweifache Abgrenzung ist aus rechtspopulistischen Argumentationen wohlbekannt und zeigt die Anschlussfähigkeit an rechte Diskurse. Zentral ist die Anrufung der »ehrlichen Leute«, die sich einer Entwertung ihrer Qualifikationen und Fähigkeiten gegenüber sehen, und der »guten alten (Arbeiter-) Werte«, die in gesellschaftlichen Veränderungen unter die Räder kommen. Zunehmend machen die Menschen die Erfahrung, dass ihnen legitim erscheinende Erwartungen an gesellschaftliche Absicherung nicht den gegebenen Verhältnissen entsprechen, obwohl sie bereit sind, mehr und härter dafür zu arbeiten und auf mehr zu verzichten. Abgelehnt werden diejenigen Gruppen, die für ihre Existenzsicherung nicht gleichviel zu arbeiten scheinen: »Flüchtlinge, die vom Staat versorgt werden«, »Ausländer, die sich kriminell versorgen«, »Politiker die sich ständig die Diäten erhöhen«, »Manager, die enorme Gehälter bekommen«.

RELIGIONSFREIHEIT

Die Gemeinde wird als islamistisch und antisemitisch bezeichnet, ihre Religion verletze Frauenrechte: »Deren Frauen durften uns nicht mal die Hand geben«, und: »Der Koran erlaubt es den Männern, ihre Frauen zu schlagen«. Trotz anders lautender Erkenntnisse, etwa des Verfassungsschutzes, wird die Gemeinde als extremistisch dargestellt. Sie bringe Terrorgefahr mit sich: »Die haben doch alle 'ne Handgranate unter ihren langen Kleidern«. Pankow wird wahlweise als gefährdetes christliches Abendland oder als laizistisch, aus der DDR-Tradition kommend, dargestellt. In jedem Fall »sind wir hier nun mal keine Moslems«, daher soll die Moschee dort gebaut werden, wo »solche wie die« auch leben. Religionsfreiheit wird implizit auf die Mehrheitsgesellschaft beschränkt. Das Verständnis von Demokratie, das sich darin artikuliert, ist demokratietheoretisch seit etwa 2.000 Jahren überholt: Demokratie sei die Herrschaft der Mehrheit. Bürgerliche Errungenschaften, Freiheiten und Minderheitenschutz, kommen in diesem Verständnis nicht vor. Da trifft sich gut, dass in der öffentlichen Wahrnehmung der Zusammenhang zwischen Demokratie und sozialen und bildungsbezogenen Beteiligungsrechten, kollektiv vergessen wurde.

EINE NEUE FORM DES RASSISMUS?

Die Art, wie die Positionen vorgebracht werden, die Stereotypisierungen und Verallgemeinerungen zeigen unserer Auffassung nach deutlich, dass es sich hier um Rassismus handelt. Wir bezeichnen ihn als anti-muslimischen Rassismus, um damit eine neue »ideologische Formation« im Rassismus zu bezeichnen.

Die Stereotype sind nicht neu und natürlich, hat doch auch Rassismus immer zur Ausstattung der Ausgrenzungs- und Allokationsideologien kapitalistischer Gesellschaften gehört. Doch die einzelnen Aspekte gehen verschiedene »Verkopplungen« ein, unterschiedliche Dimensionen stehen im Vordergrund. So war in der Anfangszeit der Rasse-Vorstellungen mit dem Aufkommen der Wissenschaften die biologischen, auf körperlichen Merkmale bezogenen Argumente bestimmend – auch wenn sie schon früh mit »kulturellen Besonderheiten« verbunden waren und auch im Nationalsozialismus »Leistung« und »Leistungsbereitschaft« in vielen Fällen die Eintrittskarte zur Zugehörigkeit zur »wertvollen Rasse« waren. Aktuell spielt die Bezugnahme auf Muslime eine bestimmende Rolle – im Diskurs um Terror, Integration, sozial und bildungsmäßig »abgekoppelten« gesellschaftlichen Schichten. Dieser Rassismus beschränkt sich nicht auf Muslime, aber er thematisiert »die Anderen« wesentlich als Angehörige einer (angeblich) anderen Kultur und Religion. Auffällig ist dabei, dass hier die Kampagnen »von oben«, die sich in den letzten Jahren, spätestens seit 9/11 um den Islam ranken, von unten aufgegriffen, ausgearbeitet, beantwortet werden. Das bedeutet gleichzeitig, dass die materielle Gewalt, die Rechtsveränderungen und -einschränkungen der herrschenden Politik von unten Akzeptanz gewinnen.

ÜBERBLICK

Zentrale Argumentationen und Merkmale dieser ideologischen Formation:

1 Grundrechte werden nicht als unveräußerliche Rechte gedacht, sondern als Privilegien, die abhängig von Wohlverhalten und eigenen Integrationsleistungen zugeteilt werden.

2 Der Islam erscheint als monolithische Formation. Er wird vor allem mit Islamismus gleichgesetzt. Diesem »international verzweigten Terrornetzwerk« könnte jeder »muslimisch« aussehende oder sich verhaltende Mensch zugehörig sein. Das zieht »notwendige« Einschränkungen von Rechten nach sich. Andersherum ist das Pochen auf Rechte verdächtig, sich zum »nützlichen Idioten« für die Verbreitung von Terrorismus zu machen.

3 Migration und Integration kommt zunehmend nur noch in religiösen Chiffren, als »Islam« vor. So richtet die Regierung runde Tische ein und aufgeregte Diskussionen drehen sich darum, welche Vertreter welcher Religionen einzuladen sind. Zur Bekämpfung von gesellschaftlichen Spannungen gelte es auf den »Dialog der Religionen« zu setzen. Die Positionen verstärken die kulturalistischen Wahrnehmungen.

4 (Ethnische) Unterschichtung, die systematische Zuweisung von sozial schlechter gestellten Positionen, wird nicht als Ergebnis von gesellschaftlichen Zuweisungen und Ausgrenzungshandlungen, sondern von mangelnder persönlicher

Integrationsleistung wahrgenommen. Es müsse nicht an gesellschaftlicher Verteilung, sondern individueller Anstrengung etwas verändert werden. Wem Integration nicht gelingt, habe sich nicht bemüht oder ist durch die Sprachbarrieren seines Elternhauses daran gehindert worden.

INTEGRATION ALS UNTERWERFUNG

Die Anforderungen an Integration als individuelle Leistungsanforderung werden auch in Heinersdorf aufgegriffen. Die Forderung nach Integration schafft eine Übereinstimmung von oben und unten, verbindet sich leicht mit dem Alltagsverstand. Die Heinersdorfer etwa fordern von »den Anderen« im Prinzip etwas ähnliches, was auch die Sozialstaatsreform fordert: Leistung (Sozialleistungen, Akzeptanz, Religionsfreiheit) nur gegen Eigenleistung, Unterwerfung und Bescheidenheit. Die Verteilung von gesellschaftlichem Reichtum ist aus den öffentlichen Diskussionen gänzlich verdrängt worden und keine gesellschaftliche Frage mehr, sondern eine der individuellen Leistung. Sie wird »von oben« wie »von unten« durch die Forderung nach integrierender Unterwerfung und Anpassung von MigrantInnen an mehrheitsgesellschaftliche Anforderungen und unterschichtete Arbeitsmarktpositionen vermittelt. So gehen Integrationsdiskurs und die Spaltung von Lohnabhängigen – und »Kunden« des Sozialstaates einher.

WAS TUN?

Was aus der Entfernung aussieht wie ein uninteressanter Spießeraufstand in Hinter-Pankow, wird so besehen zu einer Konstellation, in die eine antikapitalistische Linke, die sich nicht nur dafür interessiert, welche problematischen Äußerungen die Leute tun und wie scheiße sie sind, sondern auch, was das mit der aktuellen Situation im Kapitalismus zu tun hat, intervenieren sollte. Erst recht dann, wenn man sich die Mobilisierungsstärke der IPAHB und ihre Aktionsbereitschaft vor Augen führt.

Jedoch haben wir in unserer Arbeit die Erfahrung gemacht, dass es nicht einfach ist, gegen die Moscheegegner Verbündete zu finden. Positionen, die uns immer wieder begegneten, waren etwa: »Was interessiert mich eine Moschee. Als deren Befürworter will ich nicht wahrgenommen werden.« »Die Linke steht für Religionskritik«. Die »Islamismuskritik«, die sich die Pankower auf die Fahne schreiben, wird zudem in manchen Punkten geteilt: als Linke kritisieren wir den Islamismus als reaktionäres politisches Projekt. Und: »Den Spießern in Pankow geschieht das ganz recht, wer will schon auf diesem Dorf demonstrieren«.

Wie lässt sich ein linker Zugang und eine linke Praxis in diesem Feld bestimmen, was haben die Prozesse mit der globalen Veränderung zu tun? Auf Seite der Rassisten werden »die Ausländer« oft als »Globalisierung vor Ort« wahrgenommen. Damit mobilisieren Neonazis und rechte Parteien in den letzten Jahren erfolgreich für rassistische Politik und versprechen so politische Handlungsfähigkeit: Wo die Linken nicht so recht wissen, wie man Globalisierung und Kapitalismus eigentlich bekämpft, bieten die Rechten ganz konkrete Ziele an.

Wie kann eine Kritik des Islamismus aussehen, die sich nicht zum nützlichen Idioten von Sicherheitsdiskurs und Rassismus einerseits und kritikwürdigen Erscheinungsformen von Islamismus macht? Auch hier wollen wir den Zusammenhang mit global-kapitalistischen Veränderungen in den Blick rücken. Islamisierung ist als ein Teil dieser Prozesse zu sehen. Und zwar in dem Sinne, als es islamistischen Kräften in einigen Ländern zunehmend gelungen ist, sich als tatkräftige und einzige Alternative zur »westlichen Globalisierung« darzustellen – auf Grund der Schwäche linker Politikprojekte. In den Einwanderungsgesellschaften legt die verschärfte soziale und rechtliche Marginalisierung der migrantischen Bevölkerung oft nahe, dass die Betroffenen sich auf die zugewiesene Identität beziehen und daraus »trotzig« ihren Stolz ziehen. Das kann emanzipatorisch oder reaktionär gerahmt sein. Linke Position kann hier jedoch nicht sein, die reaktionären Bestrebungen nicht zu kritisieren.

UNSERE VORSCHLÄGE

1 Wer schweigt stimmt zu. Das gilt immer und verbietet es, sich raus zu halten, wenn ein Stadtteil mitsamt den örtlichen und überregionalen Nazis gegen eine Bevölkerungsgruppe mobilisiert. Die Situation ist wie geschaffen, dass Nazis sich zu »Volkes Stimme« aufschwingen. Tatsächlich hat es im März auch schon einen ersten Brandanschlag auf das Gelände gegeben. Dagegen gilt es zu intervenieren, unabhängig davon, was man privat und persönlich von ihren privaten Religionsvorstellungen hält. In den 90er Jahren haben wir auch nicht erst eine Umfrage im Asylbewerberheim gemacht, bevor wir uns entschieden haben, Schutz vor Nazis zu organisieren. Umso alarmierender ist es, dass es bisher nicht gelungen ist der rassistischen Mobilisierung in Pankow eine wirksame linke Gegen-Mobilisierung entgegen zu stellen und darauf hinzuarbeiten, die Kräfteverhältnisse im Stadtteil und Berlin in den Auseinandersetzungen um anti-muslimischen Rassismus und Islam neu anzuordnen.

2 Wo bleibt der Rest der Religionskritik? Die emanzipatorische Linke sollte der herrschaftlichen Religionskritik, die vor allem als Islamkritik auftritt, eine Kritik des Erstarken von Religionen insgesamt entgegenstellen: Der katholische Jugendtag in Köln hat zehntausende Jugendliche angezogen. Papst Benedikt hat mit einigen Islamisten gemeinsam, dass in der Aufklärung der Sündenfall der modernen Welt gesehen wird. Und: beide verkaufen sich – wie auch die Neonazis – als die »sinnhafte Lebensform« gegen die Pluralisierung der Lebensstile in neoliberaler Globalisierung.

Auseinandersetzungen über Religion und Religionskritik müssen auf gleicher Augenhöhe erfolgen. Wer glaubt, mit dem ach so fortschrittlichen deutschen Staat gegen die »wild gewordenen Muslime« anzutreten, macht sich eher zum nützlichen Idioten – anders als die Türkei oder Frankreich hat Deutschlands Verfassung es noch nicht einmal bis zum Laizismus gebracht. Wer »die Anderen« in die Situation bringt, ihre Distanz zur Religion als Eintrittskarte in den bürgerlich-kapitalistischen Staat vorzuzeigen, schweigt über Grundlagen in eben diesen Verhältnissen, die Grundlage religiöser Denkformen sind: rassistische Segmentierung, Trennung von planenden und ausführenden Tätigkeiten auf unterschiedliche Menschen, Klassen und Schichten.

Eine Personalisierung gesellschaftlicher Probleme – zum Beispiel wenn gesellschaftliche Ausgrenzung den MigrantInnen als individuelles Integrationsversagen in die Schuhe geschoben wird – bedeutet immer eine Verschärfung dieser Herrschaftsverhältnisse.

3 Schließlich muss es gelingen, neue Praxisformen zu entwickeln und eine radikale Politik, die sich nicht auf den »Außenseiterposten« beschränken lässt. Wer sich zu 40 schwarz Gekleideten an den Rand stellt und ruft »Wir kriegen euch alle« ist sicherlich in diesem Setting sympathischer, aber an der dominanten Wahrnehmung ist damit nichts gerüttelt: wir sind die Normalen und dann kommen da ein paar Spinner und beschimpfen uns. Daher gilt es der Situation angemessene Bündnis- und Ausdrucksformen antirassistischer und antifaschistischer Politik zu finden. ‹›

KEINE ABSCHIEBUNGEN IN DEN IRAK!

GOTTHOLD STREITBERGER

Seit Jahresbeginn 2007 arbeitet das Bayerische Innenministerium an der Umsetzung des Beschlusses der Innenministerkonferenz vom November 2006, Abschiebungen in den Irak vorzubereiten. Zur Abschiebung stehen zunächst straffällig gewordene Personen (ab 50 Tagessätze) aus den autonomen Kurdenprovinzen Erbil, Dohuk und Suleymanyia an. Das Vorgehen folgt der üblichen Salamitaktik: Mit Straffälligen beginnen (gut für die Öffentlichkeitsarbeit), dann die Alleinstehenden und schließlich die Familien abschieben. Im Juni 2007 wurden erste Abschiebungen bei Zagros Air gebucht. Zagros Air ist eine kurdische Fluggesellschaft mit einem Reisebüro in Frankfurt, die jeden Montag um 23:55 Uhr ab Frankfurt nach Arbil in den Nordirak fliegt.

KEINE ABSCHIEBUNGEN AKZEPTIEREN

Am 03. September 2007 teilte die Zagros Air, Aliraq Aviation Travel GMbH dem Bayerischen Flüchtlingsrat mit: »Unsere Firma hat sich entschieden, ab dem 10. September keine Abschiebungen in den Irak zu akzeptieren.« Dies bestätigte Zagros Air mit weiteren Schreiben vom 11. September und 04. Oktober. Weil Zagros Air die einzige Fluggesellschaft ist, mit der derzeit Abschiebungen durchgeführt werden können, wurden daraufhin alle Abschiebungen storniert, widerrufen oder ausgesetzt. Vorausgegangen waren intensive Bemühungen, Bitten und Forderungen eines Netzwerkes der Flüchtlingssolidaritätsbewegung (unter anderem der Bayerische Flüchtlingsrat, der Hessische Flüchtlingsrat, Jugendliche ohne Grenzen, Karawane München und örtliche Initiativen, darunter BI Asyl Regensburg).

Dieser Erfolg löste bei den von Abschiebung betroffenen irakischen Flüchtlingen eine unsagbare Erleichterung aus. In Regensburg haben viele deutsche Gruppen und Einzelpersönlichkeiten am 21. September einen gemeinsamen Aufruf »Keine Abschiebung in den Irak« veröffentlicht, indem sie die Entscheidung von Zagros Air begrüßen und das Bayerische Innenministerium auffordern, einen Abschiebestopp zu erlassen. Innerhalb von drei Wochen wurden 536 weitere Unterschriften unter diesen Aufruf in Regensburg gesammelt.

ZAGROS AIR WILL DOCH ABSCHIEBEN

Aber am 16. Oktober wurde bekannt, dass sich zagros air jetzt doch an Abschiebungen in den Nord-Irak beteiligen will. Die erste(n) Abschiebung(en?) sollen bereits am 22. Oktober durchgeführt werden. Nun hat der Bayerische Flüchtlingsrat zusammen mit den anderen beteiligten Gruppen eine Faxkampagne gestartet, mit dem Ziel Zagros Air dazu zu bewegen, aus dem schmutzigen Geschäft mit den Abschiebungen auszusteigen. Der Ruf von Zagros Air würde als »Irak-Abschiebefluggesellschaft« erheblichen Schaden erleiden. Viele Gruppen und Personen haben bereits Zagros Air ihre Protestfaxe geschickt.

Protestfaxe sollen weiter versendet werden an: Zagros Air, Aliraq Aviation Travel GMbH, Fax: 069-695 97 37 30 (Faxvorlagen und viele andere Informationen im Internet: www.irak.antira.info).

Derzeit schieben die entscheidenden Personen bei Zagros Air die Verantwortung hin und her. Es scheint durchaus möglich, dass sie wieder zur ursprünglichen Entscheidung, keine Abschiebung zu akzeptieren, zurückfinden. Dann kann auch wieder empfohlen werden, mit Zagros Air zu fliegen. Aber solange sich die Fluggesellschaft an Abschiebungen beteiligt, wird die Faxkampagne fortgesetzt und andere Protestformen vorbereitet.

WARNUNGEN

Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, UNHCR, Human Rights Watch, Wadi, Pro Asyl, Schweizer Flüchtlingshilfe und andere haben ihre Bedenken und Warnungen gegen Abschiebungen in den Nordirak veröffentlicht. Danach ist auch die Lage im Nordirak völlig unsicher und sehr gefährlich. Bombenanschläge sind Alltag, die politische Situation ist sehr schwierig. Es herrschen große soziale Spannungen und sozio-ökonomische Probleme. Zuletzt ist die Cholera ausgebrochen und für Personen ohne familiäres soziales Netz gibt es überhaupt keine Aufnahmekapazität. Dörfer wurden bereits von iranischem und türkischem Militär bombardiert und das türkische Parlament hat für einen Einmarsch der türkischen Armee in die kurdischen Provinzen des Nordirak gestimmt. Ein Krieg ist damit jederzeit möglich.

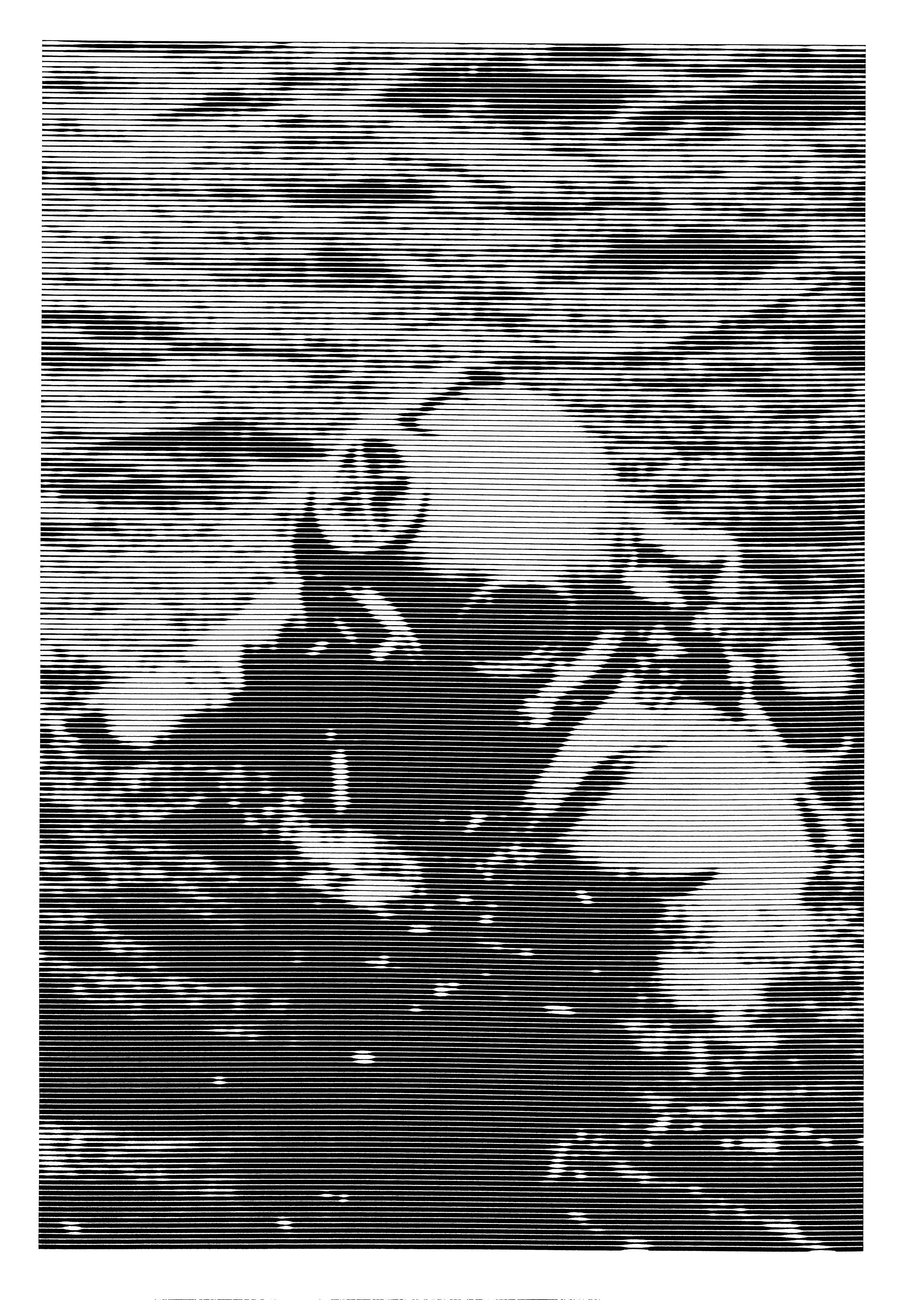
DEMONSTRATION IN MÜNCHEN

Angesichts dieser Situation fordert das Netzwerk nicht nur den sofortigen Abschiebestopp, sondern auch, dass den über 17.000 irakischen Flüchtlingen, denen seit 01. Januar 2000 ihre Asylberechtigung, Anerkennung oder Abschiebungsverbot widerufen wurde, diesen wieder zuerkannt wird, und dass alle irakische Flüchltinge in Deutschland ein sicheres Aufenthaltsrecht ohne Arbeitsverbot, Lagerunterbringungen und Residenzpflicht erhalten.

»In einer Situation mit 700.000 Binnenflüchtlingen im Irak, 1.5 Millionen in Syrien und einer Million in Jordanien, ist es beschämend zu sehen, dass Deutschland den hier lebenden 70.000 Irakern keinen Schutz gewährt!« meinen wir mit Rebar Hama-Saleh von Jugendliche ohne Grenzen Bayern (JOG). Als weiterer Schritt wird anlässlich des Tages der Menschenrechte am 08. Dezember 2007 in München eine große überregionale Demonstration unter dem Motto *Flüchtlingsschutz statt Menschenverachtung* mit den Forderungen *Abschiebestopp. Aufenthaltsrecht für alle Iraker* vorbereitet. Auftaktkundgebung ist um 13:00 Uhr auf dem Goetheplatz. ‹›

ANMERKUNGEN Weitere Informationen im Internet: www.irak.antira.info **Geschäftsstelle des Bayerischen Flüchtlingsrates** Augsburgerstraße 13, 80337 München, Telefon 089-762234, E-Mail bfr@ibu.de, Internet www.fluechtlingsrat-bayern.de

Gotthold Streitberger ist Mitglied der BI Asyl Regensburg und im Sprecherrat des Bayerischen Flüchtlingsrates



SCHWERPUNKT GRENZERFAHRUNGEN

URLAUBSBILDER EINLEITUNG ZAG

Die Bilder von gestrandeten Menschen aus dem Senegal, Mauretanien und anderen Ländern Westafrikas an den Stränden der Kanaren haben für moralische Empörung gesorgt. Die Bootsflüchtlinge kommen über den Atlantik auf die Kanaren, die relativ nahe – 1.200 km Senegal, 800 km Mauretanien – an der westafrikanischen Küste liegen. Es scheint aber schon wieder fast vergessen wie TouristInnen die geschwächten Flüchtlinge mit Wasser versorgen. Nur kurz zuvor waren noch die Nachrichten voller Bilder wie Afrikaner versuchen die Zäune der spanischen Enklaven Melilla und Ceuta zu überwinden. Spanien ist durch seine Nähe zu Nord- und Westafrika schon lange Ziel von MigrantInnen aus Afrika. Die Enklaven Ceuta und Melilla liegen gar auf der afrikanischen Seite des Mittelmeers.
Die bisherige Hauptroute für Flüchtlinge aus dem westlichen Afrika war, neben Libyen nach Italien, Marokko und die Straße von Gibraltar nach Spanien. Deren verschärfte Überwachung hat den Weg über die Meerenge von Gibraltar versperrt.
Auch die Reaktion der EU auf Fluchtbewegungen auf die Kanaren ließ nicht lange auf sich warten: Sie unterstützt nun die spanische Administration durch Gelder, Polizeieinheiten und Frontex Missionen (siehe Müller/Nowak in der ZAG 50).
Die MigrantInnen die immer noch in Marokko leben oder an den Grenzen zu den spanischen Enklaven aufgegriffen wurden, sind den marokkanischen Behörden ausgeliefert. Polizeieinheiten setzten gefangene Flüchtlinge in der Wüste aus, das UNHCR ist weitestgehend hilflos (siehe Conny Gunsser in der ZAG 50). Während Marokko in Abkommen mit der EU die Grenze von sich aus versucht, für MigrantInnen zu schließen, ist dies aus Sicht der EU mit Libyen noch nicht gelungen. Mit der internationalen Anerkennung Libyens in diesem Sommer wird auch die Flüchtlingsfrage im Rahmen der Zusammenarbeit der EU mit Dritt-Ländern verhandelt.
Der Unterschied zwischen den Grenzregimen im Süden (Mittelmeer und Atlantik) und denen im Osten (Ukraine und Moldawien) ist in erster Linie die unterschiedliche Geschichte und Bedeutung der osteuropäischen Länder für die EU. Während Osteuropa mit dem Ende des Kalten Krieges einen Transformationsprozess hin zu Marktwirtschaft und Privatisierung durchstand, ist dies für Nord- und Westafrika nicht der Fall. Zum Teil sind die Länder des ehemaligen Ostblocks bereits der EU beigetreten.
Dies wird auf lange Sicht keine Option für die Länder im südlichen und östlichen Mittelmeerraum sein. Auch wenn Sarkozys Mittelmeer Union wohl nicht zu Stande kommt, so werden wohl bilaterale Verträge diese Gemeinschaft ersetzen und die Lücke im vorgelagerten Grenzraum schließen. Diesen erweiterten

Grenzraum und dessen Militarisierung beschreibt Christoph Marischka vom IMI Tübingen in seinem Text auf Seite 21.

VERLAGERUNG

Mit der dichten Kontrolle des Fluchtweges über Marokko hat sich die Fluchtroute weiter in den Süden verschoben nach Mauretanien und dem Senegal. Mittlerweile gilt auch der Weg über Mauretanien als versperrt und der Senegal ist zum Hauptausgangsort für Bootsflüchtlinge geworden.
Die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (Frontex) versucht mit ihren *Hera Missionen* durch gezielte Schiffspatrouillen vor der westafrikanischen Küste, Befragung der MigrantInnen und Anwesenheit von Polizeieinheiten in Westafrika der Lage Herr zu werden. Die Frontex ist ein wichtiger Bestandteil der Umsetzung des Haager Programms der EU zur Schaffung eines Raums »der Sicherheit und Freiheit« mit dem Schwerpunkt einer gemeinsamen Migrationspolitik. In der Abwehr vor äußeren Gefahren wie der Migration rücken die Mitgliedsstaaten näher zusammen und sind auch bereit Kompetenzen, wie sie Frontex nun wahrnimmt, auf die EU zu verlagern.
Es wird versucht mit den westafrikanischen Staaten Rücknahmeabkommen zum gegenseitigen Vorteil zu schließen. Die Politik der Externalisierung der EU gegenüber den nord- und westafrikanischen Staaten bedeutet Verantwortungsdelegation bei gleichzeitiger Kostenverlagerung. Eine Konsequenz davon ist, dass (Menschen-)Rechtsverletzungen an MigrantInnen nun kein Problem der EU mehr sein müssen. Stattdessen leistet sie »Aufbauhilfe« an die westafrikanischen Staaten.
Die EU ist momentan dabei, ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu den Entwicklungsländern vertraglich neu zu regeln. Mit dem Contenau Abkommen werden die Beziehungen zwischen den ehemaligen AKP Staaten und der EU neu geregelt (siehe Annette Groth auf Seite 19). Dabei sieht man deutlich, wie sich die Wirtschaftspolitik der EU in Westafrika auswirkt. Es werden dorthin subventionierte Schlachtabfälle von Hühnern exportiert, die den dortigen Markt der lokalen ProduzentInnen kaputt machten. Gemüse wird aus der EU in Kühlschiffen angelandet, der Fischreichtum in mauretanischen Gewässern wird von EU Fischfangflotten dezimiert, wodurch die einheimischen Fischer ihre Existenz verlieren.
Die westafrikanischen Staaten bleiben auch politisch wie sozial hiervon nicht unberührt. Soziale Veränderungen machen sich im Senegal durch die Zuwanderung von jungen Männern in den Küstenstädten bemerkbar, die einen Weg nach Europa suchen. In der Elfenbeinküste wird die Politik der »Ivoirité« durchgesetzt. Damit werden unter dem Hinweis auf die nationale Identität des Landes, Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt und ihres Eigentums beraubt.
Durch den Kampf gegen Migration kommt es nicht nur zu Veränderungen innerhalb der EU, sondern auch in den Ursprungsländern der MigrantInnen. Das Verhältnis der Mitgliedsstaaten zueinander wird durch den gemeinsamen Aufbau von Grenzsicherung (siehe ZAG 44) und die Regelung der Verteilung von MigrantInnen und Flüchtlingen auf die einzelnen Staaten verändert. Neue Regulierungen und Kompetenzen werden geschaffen. Die EU reagiert mit militärischen Maßnahmen und besonderen bilateralen Abkommen, die die Begrenzung der Migration bereits auf afrikanischem Boden vorsehen. Dies durch schärfere Kontrollen an den Grenzen, Einführung eines verschärften Passwesens, Gesetzen gegen Migration, der Propaganda gegen die Fluchthelfer, wie auch die Abschreckung durch die Gefahren auf der Flucht. Zugleich wird aber mittels der Handelspolitik eine neue ökonomische Abhängigkeit Afrikas hingenommen. Nicht die Ursachen von Bürgerkriegen, politischer Ausgrenzung und wirtschaftlicher Krisen werden durch die Politik der EU bekämpft, sondern, wenn überhaupt, ihre Symptome.
Die Gründe für die Migration werden zu einem guten Teil durch die EU geschaffen. Diese reagiert darauf, indem sie die Folgen ihrer eigenen Politik bekämpft. Die Bootsflüchtlinge sind letztlich ein Produkt dieser Politik.
Die EU produziert sich ihre eigenen MigrantInnen. ‹›

HUNDERT PROZENT

NATIONALISMUS IN DER CÔTE D'IVOIRE

BETTINA ENGELS

Machtkämpfe und Landrechtskonflikte haben in der Côte d'Ivoire zu Fremdenfeindlichkeit und sozialer Ausgrenzung geführt – und blockieren jetzt den Friedensprozess.

Der Termin für die Präsidentschaftswahlen ist erneut verschoben worden: von Januar auf Oktober 2008. Dass die Wahlen im Januar hätten stattfinden können, haben ohnehin viele bezweifelt. Denn erst muss geklärt werden, wer Anspruch auf die ivorische Staatsbürgerschaft hat und überhaupt wählen darf. Derzeit besitzen mehr als drei von 19 Millionen EinwohnerInnen des Landes keine gültigen Papiere. Ob sie welche bekommen, ist ein entscheidender Faktor im Kräfteverhältnis zwischen Präsident Laurent Gbagbo und Premier Guillaume Soro.
Als im Oktober 2000 die letzten Präsidentschaftswahlen stattfanden, entschied das Verfassungsgericht zwei Wochen vor dem Wahltag, 14 von 19 Kandidaten nicht zuzulassen. Unter

den Ausgeschlossenen war auch der aussichtsreichste Kandidat aus dem Norden des Landes, Alassane Ouattara. Laurent Gbagbo gewann die Wahl und löste damit Robert Guéi als Präsidenten ab, der sich erst zehn Monate zuvor an die Macht geputscht hatte. Bei mehrtägigen Protesten von Ouattaras AnhängerInnen starben mindestens 170 Menschen.

Grundlage für den Ausschluss Ouattaras von den Präsidentschaftswahlen waren die Ivoirité-Gesetze. Die *Ivoirité,* übersetzt als »das Ivorisch Sein«, ist die ethnonationalistische Idee, es gäbe »echte« und »falsche« IvorerInnen – und messbare Abstufungen dazwischen. Ob eine Person 100, 50 oder nur 25 Prozent ivorisch ist, hängt laut Ivoirité davon ab, wo sie und ihre leiblichen Eltern geboren sind – auf dem Gebiet der Côte d'Ivoire oder anderswo – und welcher »Ethnie« sie angehört. In der Ivoirité gibt es originäre und zugewanderte »ethnische« Gruppen in der Côte d'Ivoire: »Ursprünglich« sind die vor allem im Süden des Landes lebenden Akan-Gruppen, die zugewanderten werden unter dem Sammelbegriff »Dioula« gefasst und dem Norden der Côte d'Ivoire sowie den nördlichen Nachbarstaaten Burkina Faso und Mali zugerechnet.

AUSSCHLUSS PER GESETZ

Politisch dient die Ivoirité zunächst dazu, einflussreiche Kandidaten für das Präsidentschaftsamt auszuschalten. Als Ende 1993 Felix Houphouët Boigny – seit der Unabhängigkeit der Côte d'Ivoire ihr erster und einziger Präsident – stirbt, wird verfassungsgemäß sein Vize Henri Konan Bédié Interimspräsident. Um seine Macht abzusichern, entlässt Bédié alle, die nicht wie er und seine Familie aus Akan-Gruppen kommen aus wichtigen Ämtern in Verwaltung, Militär und Partei. Daraufhin spalten sich seine Gegner von der ehemaligen Einheitspartei ab, unter ihnen Alassane Ouattara.

An der Universität Abidjan richtet Bédié eine eigene Abteilung ein, deren wichtigste Aufgabe es ist, der Ivoirité ein wissenschaftliches Fundament zu verleihen. Ende 1994 verabschiedet das Parlament auf Bédiés Initiative hin ein modifiziertes Wahlgesetz, das auf der Ivoirité beruht. Es schränkt das passive Wahlrecht ein: Für das Präsidentschaftsamt darf nur kandidieren, wer in der Côte d'Ivoire geboren ist, dessen leibliche Eltern beide ebenfalls dort geboren sind und wer die ivorische Staatsbürgerschaft nie abgegeben hat. Die daraufhin einsetzende Kontroverse um die Frage, ob Ouattara kandieren darf, beschäftigte die ivorischen Gerichte und Medien bis Ende der 1990er Jahre. Seine Gegner argumentieren, dass Ouattara im benachbarten Burkina Faso geboren ist und als Vertreter Burkina Fasos Chef der westafrikanischen Zentralbank war.

Um Ouattara als Kandidat auszuschalten, schmiedete sogar Laurent Gbagbo, eigentlich sozialistischer Gegner der ehemaligen Einheitspartei, eine strategische Allianz mit Bédié. Auch Robert Guéi, der Ende 1999 erfolgreich gegen Bédié putschte, unterstützte die Ivoirité-Gesetze. Unter seiner Führung wurde das Wahlgesetz im Sommer 2000 sogar verschärft.

VOM WUNDER IN DIE KRISE

Die Verknüpfung von Staatsbürgerschaft und einer als angeboren verstandenen Nationalität erfolgt in der Côte d'Ivoire erst in den 1990ern. In den ersten 40 Jahren seit der Unabhängigkeit haben EinwohnerInnen mit einem anderen als dem ivorischen Pass weitgehende Staatsbürgerschaftsrechte. Aufenthaltserlaubnis und Staatsbürgerschaft sind einfach und kostengünstig zu bekommen.

Der migrantische Bevölkerungsanteil ist groß: In den 1980er und 1990er Jahren liegt er zwischen 25 und 28 Prozent. Insgesamt sind gut vier Millionen Menschen in der Côte d'Ivoire MigrantInnen beziehungsweise deren Kinder oder Enkel. Unter Houphouët werden ArbeitsmigrantInnen gezielt angeworben, vor allem aus den armen Sahelstaaten. Sie arbeiten überwiegend in der Landwirtschaft. Kakao und Kaffee haben die Côte d'Ivoire zum reichsten Land Westafrikas gemacht, bis heute ist die Côte d'Ivoire der größte Kakaoproduzent der Welt. Das ivorische Wirtschaftswunder der 1970er und 1980er Jahre beruht maßgeblich auf Arbeitsmigration.

Ende der 1980er Jahre erlebte die Côte d'Ivoire eine tiefe wirtschaftliche Krise. Der Weltmarktpreis für Kakao fiel innerhalb von zwei Jahren um 75 Prozent. Die Côte d'Ivoire war pleite und immer stärker abhängig von der Gunst der internationalen Geber. Viele junge Menschen fanden in Folge von Strukturanpassung, ökonomischer Liberalisierung und Privatisierung keine Arbeit mehr in den Städten und gingen aufs Land zurück. Dort sind die Aussichten auf ein wirtschaftliches Überleben allerdings kaum besser. Im Zuge der ökonomischen Liberalisierung wird 1999 die staatliche caisse de stabilisation abgeschafft, die den KakaoproduzentInnen feste Abnahmepreise garantiert hatte. In den Dörfern wird die wirtschaftliche Krise zum Katalysator für Fremdenfeindlichkeit. Denn die ArbeitsmigrantInnen sind keine mittellosen LandarbeiterInnen, die man beliebig einstellen und wieder entlassen kann. Viele von ihnen leben als selbstständige Bäuerinnen und Bauern mit Landbesitz in der Côte d'Ivoire.

Unter Houphouët folgt das Landrecht dem Prinzip, dass Agrarland denen gehören soll, die es bestellen. Es ist neben dem Wahlrecht der zweite umkämpfte Bereich, in dem die Ivoirité in Gesetze gegossen wurde: 1998 wurden sie dahingehend geändert, dass Land nur noch IvorerInnen gehören soll. Es fanden zwar keine Enteignungen statt, aber MigrantInnen dürfen kein Land mehr erwerben, ihre Kinder keines mehr erben.

Wer ein »echter« Ivorer ist, entscheidet sich dabei nicht nur nach der Staatsbürgerschaft, sondern auch nach »ethnischer« und regionaler Herkunft. Als »falsch« gelten auch diejenigen MigrantInnen, welche die ivorische Staatsbürgerschaft erworben haben. Als nicht ganz »echte« IvorerInnen werden pauschal auch die meisten Menschen aus dem Norden des Landes angesehen. Unabhängig davon, wie lange ihre Familien schon dort leben, hätten sie doch mehr mit den MigrantInnen aus Burkina Faso und Mali gemeinsam als mit »echten« IvorerInnen: Sprache, Religion, »ethnische« Herkunft. Weil der Gegensatz IvorerInnen-AusländerInnen nicht greift, bildete sich die ethnische Bezeichnung »Dioula« als Sammelbezeichnung für alle heraus, die nicht als »echte« IvorerInnen gesehen werden.

VOM BERUF ZUR ETHNIE

Dabei war der Begriff Dioula in der vorkolonialen Zeit eine Berufsbezeichnung für wandernde HändlerInnen. Zur Ethnie wurden »die Dioula« erst unter der französischen Kolonialherrschaft. Die »Erfindung« von Ethnien als feste Kategorien diente der kolonialen Verwaltung als Instrument zur Herrschaft und Kontrolle über die Menschen in den kolonialisierten Gebieten.

Dabei waren die kolonialisierten Gesellschaften keine klassenlosen Gesellschaften, in denen Ethnizität oder »Stamm« die alles dominierenden oder gar einzigen sozialen Strukturgrößen waren. So bezeichnete der Begriff *Dioula* in der Côte d'Ivoire bis in die 1990er Jahre hin ein Händlermilieu, das sich gegenüber der bäuerlichen Bevölkerung politisch und ökonomisch überlegen fühlte. Die Kolonialmacht privilegierte diejenigen, die sie zu den Dioula zählte. Dieser Status blieb auch in den ersten drei Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit bestehen.

In den 1990er Jahren änderte sich mit der Ivoirité die Situation grundlegend. Der Begriff Dioula wurde zur Sammelbezeichnung für alle, die keine »echten« IvorerInnen sind. Die Zuordnung erfolgte willkürlich entlang von Kriterien wie regionaler Herkunft, Religion, Sprache oder Familiennamen. Seit Ende 1999 sind bei Demonstrationen aus dem Umfeld von Laurent Gbagbos Front Populaire Ivoirien (FPI) und den ihm nahe stehenden Milizen Dioula-feindliche Parolen zu hören. Seit dem Machtwechsel zu Gunsten Gbagbos und der FPI Ende 2000 verfestigen sich die sozialen Grenzen zwischen »Dioula« und »echten« IvorerInnen immer mehr. In der größten Stadt Abidjan führt das zur Teilung der Wohnviertel bis hin zur Ghetto-Bildung. Als im Zuge der Parlamentswahlen im Dezember 2000 Ouattara-AnhängerInnen gegen dessen Ausschluss von der Kandidatur protestieren, stürmen Gendarmerie und FPI-Militante bewaffnet in die Dioula-Viertel. Das sichtbarste Zeichen der Grenzen, welche die Ivoirité durch die ivorische Gesellschaft gezogen hat, ist die räumliche Teilung des Landes, Ergebnis des kurzen Krieges 2002/03. Internationale Truppen sichern seither militärisch die »Vertrauenszone«, die den Norden und den Süden der Côte d'Ivoire voneinander teilt. Nach dem jüngsten Friedensabkommen, das Gbagbo und Ex-Rebellenchef Guillaume Soro im März 2007 in der burkinischen Hauptstadt Ouagadougou unterschrieben haben, wird die »Vertrauenszone« schrittweise abgebaut und ihre Kontrolle an ivorische Truppen übergeben. Ex-Rebellenchef Guillaume Soro ist durch das Abkommen von Ouagadougou zum Premierminister avanciert.

Die meisten Menschen in der Côte d'Ivoire warten mit vorsichtiger Skepsis ab, wie sich die neuen Friedenspläne entwickeln. Schließlich ist das in Ouagadougou unterschriebene Abkommen bereits das vierte in vier Jahren. Der für 2008 anvisierte Wahltermin ist der dritte Versuch seit dem Ende des Krieges. Schon 2005 und 2006 sind die Versuche, Wahlen vorzubereiten gescheitert. ‹›

LIEBER EINMAL STERBEN
ALS JEDEN TAG EIN KLEIN WENIG

DINU GAUTIER

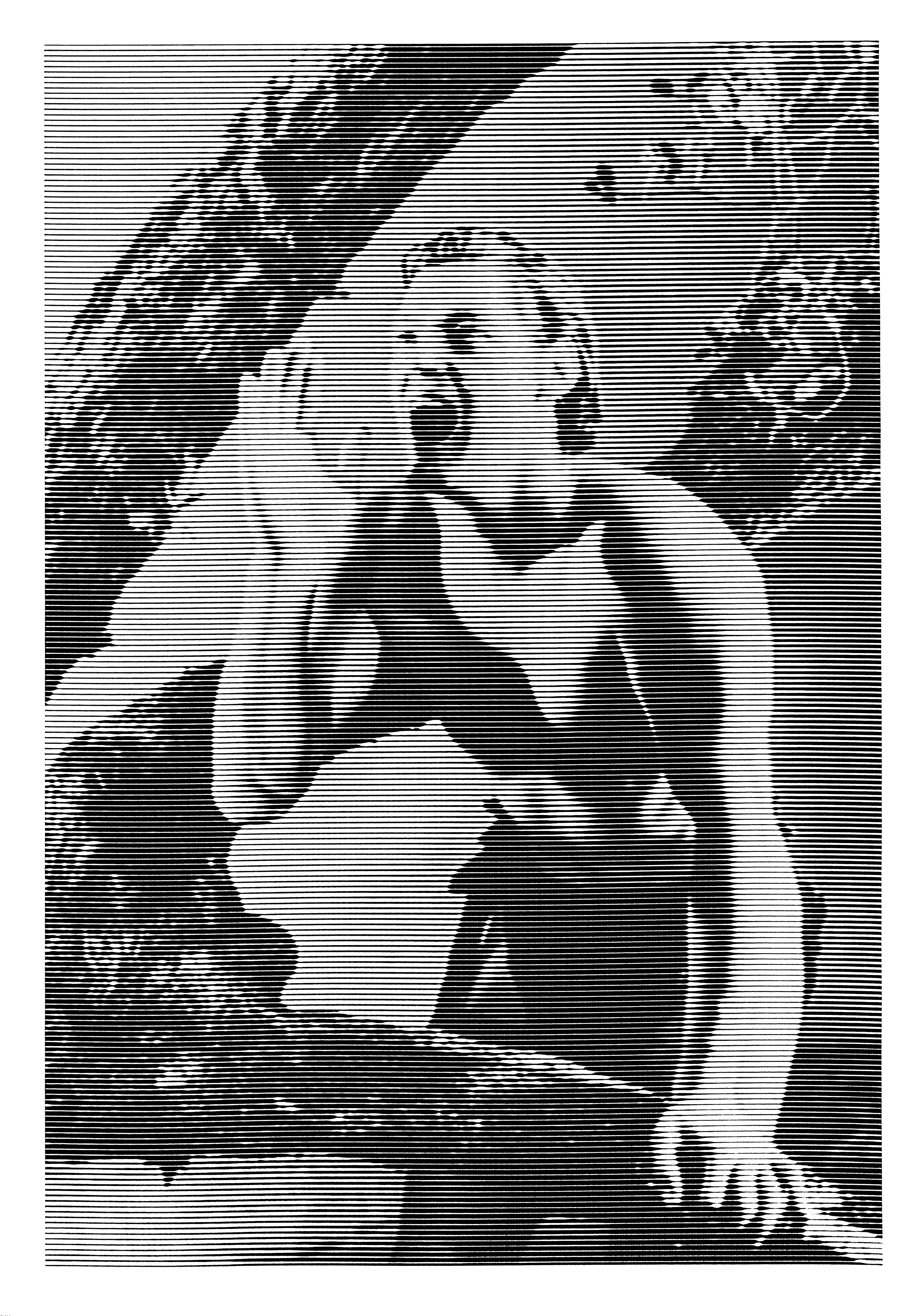
Senegals Jugendliche wandern weiterhin in großer Zahl auf die Kanarischen Inseln aus. Was treibt sie dazu, die lebensgefährliche Überfahrt zu riskieren und sich dem europäischen Repressionsarsenal auszusetzen?

Clandestins werden im französischen Sprachraum illegale MigrantInnen genannt. Wörtlich übersetzt heißt dies «die Heimlichen». Heimlich verläuft die andauernde Auswanderungswelle von Westafrika auf die Kanarischen Inseln aber kaum. An Bilder von TouristInnen, welche angeschwemmte Leichen von den Badestränden tragen und von überfüllten Auffanglagern auf dem zu Spanien gehörenden Archipel hat man sich gewöhnt. Von der Weltöffentlichkeit etwas weniger beachtet, hat das Phänomen auch im Senegal, von wo etwa die Hälfte dieser AuswanderInnen stammt, bleibende Spuren hinterlassen.

Mit Sorge verfolgt die senegalesische Öffentlichkeit das Phänomen der Massenauswanderung. Fast in jedem Dorf fehlen Jugendliche, die sich ins gefährliche Abenteuer gestürzt haben. Die Glücklichen unter ihnen schlagen sich in Europa mit Schwarzarbeit durch. Von anderen fehlt jede Nachricht und es muss mit dem Schlimmsten gerechnet werden. Wieder andere wurden zwar in den Senegal zurückgeschafft, trauen sich aber nicht nach Hause, weil sie nicht als Versager dastehen wollen.

Amy (35) aus der früheren Kolonialstadt Rufisque hat sich wieder nach Hause getraut. Sie ist eine der wenigen Frauen, die von den Kanaren nach Senegal zurückgeschafft worden sind. Sie weiß aus erster Hand, wie gefährlich die mehrtägigen Überfahrten sind. Dennoch würde sie, hätte sie die nötigen Mittel, sofort wieder ein Fischerboot besteigen. Ihr Schicksal liege in Allahs Hand, mit Allahs Willen möchte sie in Spanien als Putzfrau oder Serviceangestellte arbeiten, um ihren drei Kindern eine bessere Zukunft zu bieten. Sollte sie unterwegs sterben, so wäre dies so vorgesehen, ihr Schicksal. Dass es als Illegale in Europa nicht allzu einfach sei, das wisse sie, sie würde aber schon einen Weg finden, sich irgendwie durchzuschlagen. Und gerade Spanien benötige ja Arbeitskräfte. Zu Hause würde ihr hingegen nur eine Möglichkeit bleiben, ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern: Die Prostitution.

Abdou (30) hat im Frühsommer 2006 die Reise auf die Kanarischen Inseln in Angriff genommen. Für 400.000 Franc CFA (zirka 600 Euro), die er sich in jahrelanger Arbeit als einer der vielen Straßenhändler Dakars erspart hat, hat er sich einen der 90 «Plätze» auf einem Fischerboot gesichert. Auf halbem Weg fiel der Motor aus und die Männer trieben zwei Wochen auf hoher See. Bereits nach wenigen Tagen gingen die Vorräte aus und die Männer mussten in der Not Meerwasser trinken. Abdou hat



11 Mitreisende sterben sehen, bevor das Boot an die Küste gespült wurde. Einzelne Passagiere seien, obwohl sie nicht hätten schwimmen können, ins Wasser gesprungen. Abdou wirkt traumatisiert, das Erzählen fällt ihm schwer. Dennoch würde auch er, sofern er es sich leisten könnte, sofort wieder losfahren. «Ich sterbe lieber einmal richtig, als jeden Tag ein klein wenig.»
Im Weltentwicklungsbericht der Vereinten Nationen steht Senegal an 157. Stelle von 177. 60 Prozent der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt, erwirtschaften aber nur 17 Prozent des Bruttosozialprodukts. Die Fischer beklagen sich über einbrechende Erträge, was auf die Überfischung der Gewässer durch westliche Fangflotten zurückzuführen ist. Deshalb ist es lukrativer, Fischerboote zu verkaufen oder gleich selber das eigene Boot zu füllen und die Kanaren anzusteuern. Senegal ist zwar politisch stabil, von wirtschaftlichem Aufschwung ist aber wenig zu spüren. Sehr viel Geld fließt aus der Diaspora ins Land. Genaue Zahlen sind nicht bekannt, klar ist aber, dass sie die Entwicklungshilfe des Westens deutlich übersteigt. Wer im Ausland gearbeitet hat oder von Verwandten im Ausland unterstützt wird, hat erheblich weniger wirtschaftliche Sorgen.
Allein mit wirtschaftlichen Gründen ist das Phänomen der Massenauswanderung nicht zu erklären. Mamadou Mbodji, Psychologieprofessor an der Universität von Dakar, ortet neben der Notlage auch gesellschaftliche und vor allem familiäre Gründe. Viele Jugendliche hätten nur so die Möglichkeit, sich von ihren Clans zu distanzieren, um «frei atmen zu können.» Die Gesellschaft entwickle sich in verschiedenen Tempi. Gerade Jugendliche würden dabei zwischen traditionellem Familienleben und westlich orientierter Lebensweise aufgerieben. Es müssten Möglichkeiten gesucht werden, wieder ein gesellschaftliches Gleichgewicht herzustellen, meint Mbodji. ‹›

ANMERKUNG Der Artikel erschien bereits in: *Megafon, Zeitung der Reitschule Bern* Ausgabe *Asyl und Flüchtlinge* Nummer 308, Juni 2007

WIR RISKIEREN NUR UNSER LEBEN

ST. LOUIS IM NORDEN DES SENEGAL

TOBIAS KLAUS UND LEA SEIDL

MigrantInnen aus Westafrika suchen neue Routen, um nach Europa zu gelangen. Nachdem die Magrebhstaaten (Tunesien, Marokko, Algerien und Libyen) auf Druck und mit Hilfe der EU ihre Grenzen immer besser gegen die Transit-Migration abschotten, war zunächst Mauretanien zu einer wichtigen Durchgangsstation geworden. Mittlerweile sehen sich Menschen auf ihrem Weg nach Europa gezwungen noch südlicher, von St. Louis im Norden Senegals aus, in See zu stechen.
St. Louis ist eine geschichtsträchtige Stadt: Sie war Ausgangspunkt der kolonialen Tragödie Westafrikas. 1659 landeten hier die ersten französischen Besatzer, später wurde es Hauptstadt der französischen Kolonien in Westafrika. Heute prägen einstöckige Steinbauten, kleine Moscheen und Koranschulen das Stadtbild. Verlässt man den Festlandteil über die Faidherbbrücke, ändert sich das Bild. Das auf einer Insel gelegen Stadtzentrum erinnert mit seinen Kolonialbauten an die Besatzung. Heute trifft man überall auf Touristen und fliegende Händler. Über eine weitere Brücke gelangt man in die auf einer Landzunge gelegenen Fischerviertel der Hafenstadt. Hier bestimmt nur noch ein Thema die Gespräche: Kleine Boote brechen seit Anfang des Jahres Richtung Europa auf.
Ende Januar 2006 legte das erste Flüchtlingsboot von St. Louis ab. In weniger als einem Monat folgten mindestens 13 weitere Boote mit jeweils 40 bis 80 Passagieren. Je nach Wetter dauert die Überfahrt zwischen sieben und 14 Tagen. Die Boote sind kleine, bunt bemalte Pirogen, die traditionell eigentlich für den küstennahen Fischfang genutzt werden.
Das alles erfahren wir während unseres Senegal-Urlaubs vor Ort von Bath, einem senegalesischen Freund. Wir beschließen Nachforschungen anzustellen und verlängern unseren Aufenthalt in St. Louis. Wir fragen Bath, ob er Menschen kennt, die nach Europa aufbrechen wollen. Der 32-jährige Schreiner lacht trocken und erwidert: »Ja, alle wollen nach Europa«. Schließlich verspricht der nachdenkliche Mann, uns einem Freund vorzustellen, der kurz davor sei aufzubrechen. Wir zahlen umgerechnet 50 Cent für ein Taxi und fahren über eine der wenigen Teerstraßen nach Ndar Tout, einem der Fischerviertel.
Hier holen wir Samba Sarr ab. Der 33-Jährige bewohnt zusammen mit seinen drei unverheirateten Schwestern und der Familie seines Bruders ein kleines einstöckiges Steinhaus. In den zwei etwa 15 Quadratmeter großen Zimmern, wohnen – nur durch einen Vorhang voneinander getrennt – elf Personen. Über eine der unzähligen Sandstraßen gehen wir mit dem schlaksigen Fischer hinunter zum Strand. Während die Sonne untergeht, erzählt der hochgewachsene Mann, dass er und sein Bruder seit 15 Jahren, seit sein Vater starb, die Familie versorgen: »Wenn der Fang gut war, gab es genug zu essen – wenn er schlecht war nicht«, bilanziert Samba trocken. So sei es jahrelang gegangen, ohne Aussicht auf Veränderung. Zum Heiraten fehle ihm das Geld. Geld das in Europa leicht zu verdienen sei, glaubt Samba. Geld um seine Familie zu unterstützen, heiraten zu können und selbst ein Haus zu bauen. Freunde von ihm seien schon in

Einen vorläufigen Höhepunkt der Versuche afrikanischer MigrantInnen auf die kanarischen Inseln zu gelangen hat es im Monat Mai gegeben: Menschen, die an den Küsten Westafrikas, namentlich Mauretanien und Senegal, ihre Fahrt auf die Kanaren, die zu Spanien und damit zur EU gehören, vorbereiten, versuchen in aller Eile ihr Vorhaben umzusetzen, ehe Spanien und die EU ihrerseits neue Abschottungsmaßnahmen in Gang setzen können. Mehrere Tausend Flüchtlinge erreichten in den zurückliegenden Wochen die Kanaren und erhöhen so die Zahl der heimlichen Einreisen auf die Inselgruppe auf bereits rund 6.500 – im gesamten Jahr 2005 waren es etwa 4.000. Auf Druck der EU und auch der eigenen Bevölkerung – 70 Prozent der Spanier glauben, die sozialistische Regierung Zapatero lasse zu viele »Ausländer« ins Land – strickt Spanien an einem dichter werdenden Netz von Rückübernahmeabkommen, Abschiebekonzepten sowie technischer Grenz- und Küstenüberwachung bis tief nach Afrika hinein. Sogenannte Rückübernahmeabkommen hat Spanien bereits mit Marokko, Mauretanien, Nigeria und Guinea Bissau geschlossen, in Verhandlung steht das Land nun unter großem Druck mit Mali, Senegal, Ghana, Kamerun und den Kapverden. Marokko und Mauretanien haben sich, gelockt von finanziellen Vorteilen, auf einen regelrechten Menschenhandel mit Spanien eingelassen und nehmen nun auch Flüchtlinge anderer Nationalität zurück, welche den Weg über ihr Territorium zu den EU-Küsten nehmen.

Wie viele Menschen bei dem Versuch, die – von Senegal oder Mauretanien aus – bis zu 900 Kilometer lange Fahrt zu wagen, ums Leben gekommen sind, ist bislang nicht bekannt. Die Organisation »UNITED against racism« in Amsterdam zählt seit 1993 die Grenztoten der Festung Europa und kommt bis 2005 auf 7000 Opfer – wohlgemerkt sind das nur die dokumentierten Fälle. Das erste Halbjahr 2006 verschafft dieser Zahl sicher einen Sprung nach vorn. *fcb*

Spanien und hätten sofort Arbeit gefunden. Außerdem habe er schon eine Kontaktadresse in Spanien. Freunde seiner Eltern würden ihn aufnehmen und ihm Arbeit vermitteln.

Mit ruhiger Stimme und traurigen Augen berichtet Samba von seinem ersten Versuch, nach Europa zu gelangen. 2003 sei er nach Mauretanien gegangen, um dort durch den Handel mit Fisch, Geld für eine Überfahrt nach Europa zu verdienen. Etwa 2.000 CFA (Franc de la Communauté Financière d'Afrique), das sind etwa 3 Euro, habe er pro Tag verdient. Als Ende 2005 mauretanische Freunde erzählten, sie würden in Richtung Spanien aufbrechen, habe er genug angespart und entschieden mitzukommen. Sie sprachen mit weiteren Freunden und Bekannten, bis vierzig Personen zusammengekommen waren, die die Überfahrt wagen wollten. Sie legten zusammen, kauften ein großes Fischerboot, zwei Motoren, Medikamente gegen Seekrankheit, Benzin, Batterien, Essen und Trinken sowie ein GPS-Gerät zur Navigation. Pro Person machte das etwa 460 Euro aus. Er und zwei Freunde übernahmen als Fischer die Verantwortung für Organisation und Überfahrt, zahlten jedoch wie alle anderen.

Mitte Dezember war es dann soweit, Samba legte mit 40 Senegalesen und Mauretaniern ab. Startpunkt der rund 900 Kilometer langen Überfahrt war Nouadhibou in Mauretanien. Noch vor ein bis zwei Jahren wären sie vom südlichen Marokko aus aufgebrochen. Von hier sind es nur 100 bis 200 Kilometer bis zu den Kanaren. Doch seit Marokko auf Wunsch und mit Hilfe von EU-Geldern seine Küsten hermetisch überwacht, ist Mauretanien zum Startpunkt der Überfahrt geworden. Allein in Nouadhibou sollen nach Angaben der Neuen Züricher Zeitung noch im März 2006 Zehntausende Afrikaner auf ihre Überfahrt gewartet haben.

Samba sitzt die ganze Zeit mit angewinkelten Beinen vor einer Piroge, die Arme vor dem Körper verschränkt. Im Halbdunkeln erzählt er weiter: Die mauretanische Polizei versuchte das Boot noch bei der Abfahrt zu stoppen, ließen sie jedoch ziehen, nachdem einige Geldscheine den Besitzer gewechselt hatten. Zunächst ging es 200 Kilometer in Richtung Nord-Westen, von der Küste weg, aus der Reichweite der mauretanischen und marokkanischen Küstenwache in die »Sicherheit« internationaler Gewässer. Danach weiter nach Norden in Richtung Kanarische Inseln, erzählt Samba. Ihr Boot, eine Piroge von 15 Metern Länge, 2 Metern Breite und 1,60 Metern Höhe war alles andere als hochseetauglich. Glücklicherweise sei das Meer ruhig gewesen, erinnert sich Samba. Doch dieses Glück wendete sich gegen sie. Bei windstiller See kam sie kaum voran. Das Benzin ging zur Neige und sie entschieden umzukehren. Nach Nouadhibou zurück wagten sie sich nicht. Die Gefahr aufgegriffen und interniert zu werden, sei zu groß gewesen. Sie navigierten vorbei an Mauretanien in den Norden Senegals, nach St. Louis.

Ihre Sorgen waren nicht unbegründet. Nach Marokko und Libyen willigte auch Mauretanien ein, Internierungslager für Flüchtlinge zu errichten und seine Grenzen gegen die »Illegalen« zu sichern. Neue Grenzposten werden gebaut, Patrouillen ausgeweitet und die Grenzüberwachung intensiviert. Am 16. März besuchte eine spanische Delegation in Begleitung eines EU-Vertreters die dortigen Behörden, um über eine bessere Zusammenarbeit zu beraten. Mauretanien hat bereits erste Maßnahmen umgesetzt. Und es ist abzusehen, dass der Hauptablegeplatz der Flüchtlingsboote bald nicht mehr Nouadhibou in Mauretanien sondern St. Louis im Norden Senegals sein wird.

Mittlerweile ist es stockdunkel, wegen der Kälte ziehen wir unsere Pullover an. Doch gehen wollen weder wir noch Samba. Er möchte erzählen. Er möchte, dass bekannt wird, was auf dem Weg nach Europa passiert und fährt fort: Trotz ruhiger See sei das größte Problem die Seekrankheit gewesen. »Leute, die das Meer nicht gewohnt sind, wurden krank und konnten das Essen nicht bei sich behalten. Sie waren total geschwächt – obwohl wir ihnen Medikamente gaben«. Die Angst war ein ständiger Begleiter, besonders nachts. »Alles ist dunkel, du siehst nichts. Jederzeit kannst du sterben, es kann immer was passieren«, sagt Samba. »Wind, Sonne und nachts die Kälte zehren an den Kräften«. Andere Probleme, wie Durst und Hunger, Durchblutungsstörungen und taube Gliedmaßen aufgrund von Überbelegung gab es nicht. Die Leute hätten Platz zum Liegen gehabt. Nur er und zwei Fischer mussten sitzen, da sie das Boot steuerten und darauf achteten, dass die Leute aßen, tranken und Seekranke Medikamente bekamen. Bei aufgewühlter See kam ein weiteres Problem hinzu: Kaltes Wasser schwappte über die Reling. Samba berichtet von einer anderen Piroge auf der fünf Leute erfroren seien. Nach Angaben des mauretanischen Roten Kreuzes starben von November 2005 bis Februar 2006 mindestens 1.200 Menschen bei der Überfahrt zu den Kanarischen Inseln.

Obwohl der erste Versuch scheiterte, wollen sie es erneut versuchen. Wenn das Meer sich beruhigt hat und genug Geld zusammen gekommen ist, soll abgelegt werden. Ob er keine Angst habe, fragen wir ihn noch, bevor wir uns verabschieden. »Nein, wir haben keine Angst, wir riskieren ja nur unser Leben«. Bei Redaktionsschluss war Samba Sarr noch nicht aufgebrochen.

ANMERKUNG Der Artikel erschien bereits in: *Hinterland. Das Vierteljahresmagazin für kein ruhiges. Ein Magazin vom Bayerischen Flüchtlingsrat* Nummer 1. München 2006

ABSCHIEBEPOLIZISTEN VERPRÜGELT
WIDERSTAND UND KOLLABORATION IN DER MIGRATIONSPOLITIK GUINEAS

CONNI GUNSSER

Sechs französische Polizisten wurden in Guineas Hauptstadt Conakry am Flughafen verprügelt, als sie zwei aus Frankreich deportierte Guineer ablieferten. »Wir erhielten eine Menge Schläge von den beiden Abgeschobenen, einigen Passagieren sowie von zwei Polizisten«, hieß es in einem französischen Polizeibericht über den Vorfall, der sich am 16. August 2007 zugetragen haben soll. Dem Bericht zufolge hatten Passagiere, die über Misshandlungen der Abgeschobenen empört waren, per Handy ein »Empfangskomitee« am Flughafen organisiert. Hinterher seien die Franzosen auf einer Polizeiwache beschimpft worden, und beim Sicherheitscheck zum Rückflug habe eine Beamtin ihnen gesagt: »Ihr Barbaren. Die Kolonialzeit ist vorbei.«[1]
Welche Hintergründe hat dieser Vorfall? Im folgenden Artikel sollen die Zusammenhänge mit den jüngsten Entwicklungen im westafrikanischen Guinea und der EU-Migrationspolitik, insbesondere den Machenschaften französischer und deutscher Abschiebebehörden, untersucht werden.

DIPLOMATISCHE KONTROVERSEN

Der Vorfall selbst löste heftige Kontroversen auf Regierungsebene aus. Am 23. August 2007 stand in einem Artikel auf guineenews.org, die guineische Regierung habe sich nicht entschuldigt, sondern nur ihr Bedauern ausgedrückt, sich aber auch beklagt, dass Frankreich als einziges Land Abschiebungen nach Guinea durchführe, ohne die dortige Regierung im voraus darüber zu informieren. Am 25. August hieß es auf africatime.com, die guineischen Behörden würden dementieren, dass einige ihrer Polizisten an den Handgreiflichkeiten auf dem Flughafen von Conakry beteiligt waren und hätten eine Untersuchung dazu eingeleitet. Guinea wolle auch Aufklärung über die Bedingungen während des Fluges, da die abgeschobenen Guineer Spuren von Gewaltanwendung aufwiesen.
Drei Tage später, am 28. August traf sich Brice Hortefeux, französischer Minister für »Einwanderung, nationale Identität und Entwicklung«, mit dem guineischen Premierminister Lansana Kouyaté. Neben Erörterung von Fragen der Entwicklungspolitik habe Hortefeux von Kouyaté eine Erklärung zu der »Misshandlung« der sechs französischen Polizisten am Flughafen Conakry gefordert. Kouyaté habe versichert, dass die guineischen Polizisten sich keinesfalls gegen ihre französischen Kollegen gewandt, sondern im Gegenteil diese in Sicherheit gebracht hätten, nachdem schockierte Passagiere den Abgeschobenen geholfen hatten, sich gegen sechs Polizisten zu wehren, die sie ohne Information der guineischen Regierung, also »heimlich«, um 4 Uhr morgens auf dem Flughafen abgeliefert hatten. Hortefeux nahm diese Erklärungen positiv auf und bedauerte seinerseits, dass Guinea nicht ordnungsgemäß informiert wurde. Künftig sollten die Rückführungen besser koordiniert werden. Kouyaté habe angekündigt, dass der guineische Außenminister demnächst zur Unterzeichnung eines Abkommens nach Frankreich reisen werde.[2]
Vorangegangen waren Auseinandersetzungen über einen seit dem 15. Juni 2007 andauernden Hungerstreik von zirka 60 *Sans Papiers* in Lille und ähnliche Aktionen in Rennes und Toulouse. Auch die beiden Abgeschobenen gehörten zu diesen Sans Papiers. Der französische Einwanderungsminister hatte am 13. August 2007 den zuständigen Konsul der guineischen Botschaft zu einem Gespräch einbestellt und ihn aufgefordert, mit Hilfe eines nach Lille geschickten Dorfältesten die guineischen sans papiers zur Beendigung ihres Hungerstreiks zu bewegen. GuineerInnen aus einer bestimmten Region seien die Rädelsführer von Aktionen gegen die Regierung von Sarkozy. Wenn dies nicht beendet werde, gäbe es keine Visa und keine Legalisierungen mehr für GuineerInnen.[3] Am 30. August wurde nach Aushandlung eines Kompromisses der Abbruch des Hungerstreiks in Lille gemeldet.

ENTWICKLUNGEN IN GUINEA

Die aktuellen Auseinandersetzungen müssen im Zusammenhang mit der Geschichte Guineas und den politischen Entwicklungen seit Jahresbeginn gesehen werden. Guinea wurde 1958 als erstes westafrikanisches Land von Frankreich unabhängig und wandte sich unter Präsident Sekou Touré scharf von der ehemaligen Kolonialmacht ab und dem »sozialistischen Lager« zu.
Nach Sekou Tourés Tod 1984 gelangte durch einen Militärputsch Lansana Conté an die Macht, der sich in fragwürdigen Wahlen als Präsident bestätigen ließ. Unter seiner Herrschaft öffnete sich Guinea dem Westen und entwickelte sich trotz (oder gerade wegen?) seines Rohstoffreichtums (unter anderem Bauxit) zu einem der ärmsten und korruptesten Länder der Welt. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung fand zum einen in zunehmender Auswanderung, zum andern in einer traditionell starken und inzwischen auch politisch oppositionellen Gewerkschaftsbewegung ihren Ausdruck.
Am 10. Januar 2007 wurde in Guinea ein Generalstreik ausgerufen, der im ganzen Land zu einer Bewegung anwuchs, der es nicht nur um ökonomische Forderungen (zum Beispiel Preissenkungen für Grundnahrungsmittel), sondern auch um den Rücktritt des Präsidenten und die Bildung einer neuen Regierung ging. Präsident Conté antwortete am 09. Februar mit der Verhängung des Kriegsrechts, und auf Demonstrationen und bei willkürlichen Hausdurchsuchungen wurden zirka 150 Menschen getötet und Tausende verletzt. Durch Vermittlung der Economic Community of West African States, ECOWAS wurde

Ende Februar ein neuer Premierminister, Lansana Kouyaté, ernannt, der auf einer von den Gewerkschaften ausgearbeiteten Liste stand. Er versprach eine Neubesetzung der Funktionärskader, Preissenkungen und eine Verbesserung der Wasser- und Stromversorgung. Präsident Lansana Conté blieb jedoch im Amt, gestützt vor allem auf Teile des Militärs.
Weltbank, EU-Kommission und andere Geldgeber sagten 90 Millionen Dollar für Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und Armutsbekämpfung zu, und der IWF sprach von sichtbaren Fortschritten seit Kouyatés Regierungsübernahme.[4] Anfang Juli zog die außerparlamentarische Opposition jedoch eine vernichtende Bilanz der neuen Regierung. Zusagen wurden nicht erfüllt, und die Gewerkschaften schließen für den Herbst weitere Streiks nicht aus. Dabei geht es auch um Korruption und die Besetzung von Posten in der Verwaltung.

DUBIOSE DELEGATIONEN UND KORRUPTE BEAMTE

Ein Beispiel für Korruption und Kollaboration Staatsbediensteter mit europäischen Abschiebebehörden sind die Besuche dubioser Delegationen aus Guinea, die seit 2005 in Deutschland (Hamburg, Braunschweig, Dortmund), der Schweiz, Frankreich, auf den Kanarischen Inseln und wahrscheinlich auch in weiteren EU-Ländern stattfanden und meist von Protesten begleitet waren. Zweck der Reise von jeweils vier hohen BeamtInnen des guineischen Innen- und Außenministeriums: »Identifizierung« afrikanischer Flüchtlinge als guineische Staatsangehörige und Ausstellung von Papieren für die Abschiebung. Eigentlich ist dies Aufgabe der Botschaft, aber da die diplomatischen Vertretungen Guineas nicht genug »Kooperationsbereitschaft« zeigten, sprich: nicht jedem afrikanischen Flüchtling, den europäische Behörden zum Guineer erklärten, entsprechende Papiere ausstellten, wurden für einiges an Geld (neben Reisekosten gab es pro Person Tagegelder von 100 Euro und »Gebühren« pro Reisepapier in unbekannter Höhe) willige Staatsbedienstete aus Guinea eingeflogen und Hunderte von AfrikanerInnen zu »Interviews« in die Ausländerbehörden vorgeladen.
Pikanterweise stellte sich beim dritten Besuch der Delegation in Deutschland heraus, dass ihr Leiter, Herr N'Faly Keita, leitender Beamter der Visaabteilung im guineischen Außenministerium, sich auch als so genannter »Schleuser« betätigt und ausreisewilligen GuineerInnen für horrende Beträge Visa und Flugtickets nach Europa besorgt hatte. Nach Zeugenaussagen betroffener Flüchtlinge ermittelt die Staatsanwaltschaft Dortmund seit gut einem Jahr in dieser Angelegenheit. Herr Keita war beim jüngsten Delegationsbesuch in Braunschweig nicht mehr dabei. Meldungen aus Guinea zufolge soll er inzwischen seinen Posten in der Visaabteilung verloren haben.
Neuer Delegationsleiter war im Juli 2007 Ousmane Diao Balde, Keitas (ehemaliger) Vorgesetzter. Er soll auch mit dem Bundesinnenministerium über ein Rückübernahmeabkommen verhandeln, tauchte allerdings entgegen den Ankündigungen nicht in Deutschland auf.
Aufgrund von Protesten betroffener GuineerInnen und einer Oppositionspartei erklärte das guineische Außenministerium in einem Communiqué vom 01. August 2007 (einen Tag vor der Beendigung der Anhörungen in Braunschweig) den Stopp jeder Mission zur Identifizierung und Abschiebung. Vorher müsse ein Abkommen abgeschlossen werden, das die Sorgen Guineas berücksichtige. Ob das nun heißt, dass die bereits ausgestellten Abschiebepapiere keine Gültigkeit haben, ist fraglich.
In der Schweiz hat sich die dubiose Delegation im November 2006 betätigt. Außerdem sollen die für die Schweiz zuständigen Mitarbeiter der guineischen Botschaft in Paris mit Hilfe von Herrn Keita bestimmten Schweizer Kantonen Blankopapiere zur Abschiebung guineischer Flüchtlinge verkauft haben.[5] Als Folge dieser Dienstleistungen verlässt monatlich ein Abschiebecharter mit fünf bis sieben angeblichen GuineerInnen die Schweiz Richtung Conakry. Die Zahl der aus der Schweiz abgeschobenen GuineerInnen hat sich gegenüber 2004 auf 53 vervierfacht, zehnmal so viele sind untergetaucht.[6]
Nicht verwunderlich ist, dass einige der Abschiebeflieger Zwischenlandung auf den Kanarischen Inseln machen, und auch von dort wurde von Besuchen einer Delegation aus Guinea berichtet.
Auch in Afrika selbst hat die guineische Regierung ihre Dienste als Abschiebehelfer angeboten: Anfang Februar 2007 gab es zum Beispiel Streit um die Aufnahme von zirka 400 Flüchtlingen von einem auf dem Weg zu den Kanaren in Seenot geratenen Frachter namens »Marine I«. Nach etlichem Hin und Her wurde er nach Mauretanien geschleppt – unter der Bedingung, dass die Flüchtlinge von dort mit spanischer Finanzhilfe sofort abgeschoben werden. Nach der Weigerung anderer Länder akzeptierte der guineische Präsident, der gerade dringend Geld brauchte, um eine Meuterei des Militärs abzuwenden, die afrikanischen Flüchtlinge und steckte sie in Guinea in ein Lager. Auch Ende März ließ er ein von Frontex-Booten gestopptes Schiff mit 350 asiatischen Flüchtlingen in den Hafen von Conakry schicken, da es angeblich von dort ausgelaufen sei. EU-Justizkommissar Frattini sprach in einem Interview der FAZ vom 29. März 2007 der guineischen Regierung für ihre Abschiebehilfe ein großes Lob aus: »Guinea hat dabei bisher einen positiven Geist der Kooperation gezeigt.«

MIGRATION ALS UMKÄMPFTES TERRAIN

All diese Vorfälle zeigen, dass Migration ein Bereich ist, in dem widersprüchliche Interessen eine Rolle spielen: Zuerst natürlich das berechtigte Interesse der Flüchtlinge und MigrantInnen, selbst entscheiden zu können, wohin sie gehen, um in Sicherheit leben und Geld nach Hause schicken zu können. Interesse an den Rücküberweisungen (die inzwischen weltweit offiziell fast das Dreifache der »Entwicklungshilfe« ausmachen) haben jedoch nicht nur die Familien der MigrantInnen, sondern ebenfalls die Regierungen der Herkunftsländer, denn sonst müssten sie sehr viel mehr soziale Unruhen fürchten – oder Ernährung, Schulbesuch, Gesundheitsversorgung etc. der Mehrheit ihrer Bevölkerung auf andere Weise finanzieren.
Nicht zuletzt haben auch korrupte Staatsbedienstete ein Interesse an Migration, vom Leiter der Visaabteilung bis zum Polizisten am Flughafen, der für entsprechendes Geld Ausreisewillige passieren lässt. Dem stehen die Interessen von Regierungs- und Verwaltungsmitgliedern an Geldern entgegen, die europäische Regierungen für Rückübernahmeabkommen und entsprechende Dienstleistungen bei Abschiebungen zahlen. In den EU-Ländern gibt es nicht nur das Interesse der Regierungen, sich unerwünschter Flüchtlinge zu entledigen, sondern auch das bestimmter Wirtschaftszweige an rechtlosen und damit optimal ausbeutbaren Arbeitskräften.
Welche Interessen sich jeweils durchsetzen, hängt nicht zuletzt von politischen Kämpfen ab – zum Beispiel von Opposition und Gewerkschaften im Herkunftsland, aber auch von Flüchtlingen, MigrantInnen und ihren UnterstützerInnen in den Zielländern der Migration. Und hier bleibt noch einiges zu tun.

ANMERKUNG 1 Die Tageszeitung, 24. August 2007 2 Internet: cfr.allafrica.com/stories/200708290441.html 3 Internet: collectif28sansp.canalblog.com/archives/2007/08/23/5976274.html 4 IRIN, 26. Juli 2007 5 guineenews.org, 25. Juli 2007 6 antidot, Dezember 2006



EPAS, LISSABON UND COTONOU

ARMUTSVERSCHÄRFUNG DURCH FREIHANDELSABKOMMEN

ANNETTE GROTH

Am 27. September 2007 haben Kleinbauern und KleinbäuerInnen, AktivistInnen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft aus über 40 Ländern in Europa und den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) gegen die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen *Economic Partnership Agreements, EPAs* protestiert.[1] Der 27. September ist internationaler Protest- und Aktionstag des internationalen Stop-EPA-Netzwerks, da an diesem Tag im Jahr 2002 die Verhandlungen über die EPAs eröffnet wurden.

WAS STECKT HINTER EPAS?

Im März 2000 wurde auf dem EU-Gipfel die Lissabon-Strategie verabschiedet, der zufolge die EU bis 2010 der »wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum in der Welt« werden soll.

EU-Kommissionspräsident Barroso erklärte das Vorantreiben der Lissabon-Strategie zum höchsten Ziel seiner Regierungsmannschaft. Stellvertreter bei der Koordination des Vorhabens ist Industrie-Kommissar Günter Verheugen. Bei der Anhörung durch das EU-Parlament führte Verheugen aus, dass die Kommission sämtliche Instrumente einsetzen wird, um allen Unternehmen so günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sie auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sind. »Günstige Rahmenbedingungen« von Unternehmen auf dem Weltmarkt spielen insbesondere in der EU-Handelspolitik, die in der »exklusiven Kompetenz« der EU-Kommission liegt, eine große Rolle.

Drei Monate nach Verabschiedung der Lissabon-Strategie wurde im Juni 2000 das *Cotonou-Abkommen* zwischen der EU und ihren 78 assoziierten AKP-Staaten unterzeichnet. Das Cotonou-Abkommen löst die bisherigen *Lomé-Abkommen* ab, das den AKP-Staaten Handelspräferenzen für ihre Exportgüter einräumen. Mit dem Cotonou-Abkommen entfallen diese vertraglich geregelten Vorteile im Außenhandel. Aufgrund einer Ausnahmeregel (sogenannte waiver) der WTO durften die AKP-Staaten die Vorzugsbehandlung bis Ende dieses Jahres genießen. Das Auslaufen dieser Regel ist ein Hauptargument der EU für Abschluss der EPAs vor Ende dieses Jahres. Das ist aber nur ein sehr fadenscheiniges Argument, weil die Ausnahmeregelung durchaus verlängert werden könnte.

Ein wesentlicher Grund für diese Freihandelsabkommen ist der Wunsch europäischer Konzerne, den bedeutenden Landwirtschafts- und Nahrungsmittelsektor der AKP-Länder zu erobern. Dabei spielt die Kontrolle über das Saatgut und die genetischen Ressourcen durch europäische Agrarkonzerne eine zentrale Rolle. So will die EU in den EPAs die AKP-Staaten verpflichten, das Internationale Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen anzuerkennen. Damit würde das uralte, verbriefte Recht von Bäuerinnen und Bauern, das von ihren Kulturgemeinschaften genutzte Saatgut weiter zu züchten und neu auszusäen, zu Gunsten internationaler und europäischer Agrar- und Biotechnologieunternehmen eingeschränkt werden.

Mit der Unterzeichnung von EPAs müssen diese Länder ihre Zölle auf importierte Waren drastisch reduzieren und Märkte nicht nur für Industrie- und Agrarprodukte aus der EU, sondern auch für Investitionen, Dienstleistungen und das öffentliche Beschaffungswesen öffnen. Wenn Entwicklungsländer zu einer solchen umfassenden Marktliberalisierung und dem Zollverbot für Importgüter gezwungen werden, wird das katastrophale Auswirkungen auf die lokalen AKP-Märkte haben. AKP-ProduzentInnen wären einem Wettbewerb mit europäischen Unternehmen ausgesetzt, den sie nur verlieren können. Alle Studien, die die möglichen Auswirkungen der EPAs auf die Ökonomien der AKP-Staaten untersucht haben, bestätigen die absehbaren negativen Auswirkungen. Neben einer Gefährdung der Ernährungssicherheit, könnten die EPAs auch eine De-Industrialisierung und den Zusammenbruch ganzer lokaler und nationaler Produktionszweige zur Folge haben.

Für Pascal Lamy, ehemaliger EU-Handelskommissar und jetziger Chef der WTO, sind die EPAs-Freihandelsabkommen, die auch eine Exportförderung europäischer Unternehmen implizieren.[2] Dafür erhält die EU-Kommission auch Lob vom BDI, dem Bundesverband der Deutschen Industrie: »Bei bilateralen Verhandlungen und WTO-Beitrittsprozessen versucht die Kommission, die offensiven Interessen der EU möglichst umfassend durchzusetzen. Die Kommission vertritt also die Interessen der Unternehmen, die in den betreffenden Märkten Absatzchancen sehen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Kommission ist für echten Fortschritt unentbehrlich.«[3]

KRITIK

Da 80 Prozent der Nahrungsmittel in Afrika von Frauen produziert werden, würden Frauen von den EPAs am stärksten betroffen. Auf einer Tagung zivilgesellschaftlicher Organisationen aus sieben zentralafrikanischen Staaten in Kamerun wurde im Juli die Forderung erhoben, besondere Schutzinstrumente für Sektoren einzurichten, in denen vorwiegend Frauen beschäftigt sind. »Frauen sind in Afrika für das tägliche Brot verantwortlich. Wenn ihre Einkommen wegbrechen, leidet die ganze Familie.« Die EPAs sind also nicht nur entwicklungs-, sondern auch frauenfeindlich.

Einige Tage nach diesem Seminar verhandelten die EU-Kommissare Louis Michel und Peter Mandelson mit den Regierungsvertretern der zentralafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft CEMAC über den konkreten EPA-Vertragstext. Dort wurde so viel Protest gegen die EPAs geäußert, dass die Verhandlungen

abgebrochen wurden und die EU-Kommissare verärgert abreisten. Der Staatspräsident Benins wies bereits im September 2003 darauf hin, dass sein Land bis zu 20 Prozent der Staatseinnahmen verlieren könnte, wenn es seine Wirtschaft nicht mehr durch Importzölle schützen darf. »Das wird Konsequenzen für die Investitionen im Sozialbereich haben und steht im krassen Missverhältnis zur Empfehlung von UNDP, dass Benin seine Steuerbasis erhöhen und mehr in den öffentlichen sozialen Sektor investieren muss, wenn es eine nachhaltige Entwicklung erreichen will.«

Der Gewerkschaftsführer der ghanaischen Geflügelfarmer äußerte sich sehr besorgt über die wachsenden Importe aus der EU. »Wie in Kamerun ist eine große Zunahme von Hühnerfleischimporten durch den Zollabbau zu erwarten, die die ärmste Schicht unserer Gesellschaft aus dem Arbeitsmarkt verdrängt – das sind die Kleinbauern, und vor allem Frauen, die völlig abhängig vom Geflügelsektor sind. Es ist schwer vorstellbar, dass im Namen des Freihandels das Dumping von Geflügelteilen wie Hühnerbeine, -flügel und -hälse, die sowieso keinen Absatzmarkt in der EU haben, erlaubt wird.« Die EU exportiert vorwiegend Schlachtüberreste, die auf dem europäischen Markt keine Käufer finden.

Die hoch subventionierten europäischen Produkte ermöglichen Discountpreise, mit denen ghanaische GeflügelproduzentInnen nicht mithalten können. Die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens, das eine weitere Zollsenkung für EU-Importe implizieren würde, könnte das endgültige Aus für zahlreiche Klein- und Kleinstbetriebe des ghanaischen Geflügelsektors bedeuten.

Laut einer Nachhaltigkeitserträglichkeitsprüfung von Price Waterhouse Coopers im September 2006 könnten die EPAs auch große negative Auswirkungen auf die Umwelt haben. Um Einkommenseinbußen durch Verluste von Zolleinnahmen zu kompensieren, wären einige Staaten gezwungen, mehr Rohstoffe wie Öl oder Tropenholz zu exportieren. Zunehmende Abholzung hat dabei auch negative Auswirkungen auf das Klima, nicht nur regional, sondern weltweit.

Im Oktober 2006 schrieben der Handelsminister und der Entwicklungshilfeminister Großbritanniens einen offenen Brief, in dem sie ihre Bedenken über die Verhandlungen zum Ausdruck brachten und dafür plädierten, den Entwicklungsländern »so viel Zeit zu geben wie sie für eine Marktöffnung brauchen«. Darüber hinaus kritisierten die Minister die EU-Landwirtschaftssubventionen und forderten, dass »arme Länder die Möglichkeit haben sollten, den Import von subventionierten Nahrungsmittel zu verbieten, die die einheimische Nahrungsmittelproduktion unterminiere.«

DER PROTEST WÄCHST

Die schärfste Kritik allerdings wurde im Juli 2006 von einer Delegation des Europa-Ausschusses der Französischen Nationalversammlung veröffentlicht. Der 300 Seiten umfassende *Lefort-Bericht* ist eine vernichtende Kritik an der EU-Kommission, insbesondere an der Generaldirektion Handel, die die Verhandlungen über die EPAs mit den AKP-Staaten leitet. Die Kritik gipfelt in der Forderung, der Kommission das bisherige Mandat für die Verhandlungen zu entziehen und ihr ein völlig neu gestaltetes Verhandlungsmandat zu geben.[4] »Europa begeht einen politischen, taktischen, ökonomischen und geostrategischen Fehler, wenn die Kommission auf ihrem Fahrplan beharrt und die Verhandlungen über die EPAs gegen allen Protest der AKP-Staaten bis Ende 2007 abschließen will.« So das Fazit dieses Berichts.

Der Lefort-Bericht zeigt anschaulich den großen Widerspruch zwischen den hehren Zielen der Entwicklungspolitik und des Cotonou-Abkommens einerseits und der starren Haltung der EU-Kommission andererseits, die mit dem Beharren auf Abschluss der EPAs eine gravierende Verschlechterung der ökonomischen und sozialen Lage vieler AKP-Staaten und zunehmende Armut in Kauf nimmt.

Es ist schon sehr merkwürdig, dass auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm die armutsverschärfenden EPAs noch nicht einmal erwähnt wurden, obwohl Afrika und die Bekämpfung der Armut ein Schwerpunkt war. Damit wurde eine große Chance vertan, die weithin unbekannten EPAs öffentlich zu thematisieren und dagegen zu protestieren.

ERPRESSUNG

In der letzten EPA-Verhandlungsphase verstärkte sich der Protest der AKP-Staaten und der Druck der EU-Kommission. Auf einem Treffen im Juli mit den pazifischen Handelsministern kündigten die EU-Verhandlungsführer eine erhebliche Reduzierung der Entwicklungsgelder an, wenn die pazifischen Inselstaaten die EPAs nicht unterzeichnen. So will die Kommission 48 Prozent der zugesagten Gelder aus dem Europäischen Entwicklungsfonds für Entwicklungsprojekte in der Region nicht auszahlen, wenn kein EPA-Abkommen unterzeichnet wird. Die Entwicklungshilfegelder werden »nur« um 26 Prozent gekürzt, falls sich das EPA nur auf Waren beschränkt und andere Sektoren wie Dienstleistungen und intellektuelle Eigentumsrechte davon ausgenommen werden würden.

Das ist nicht der einzige Erpressungsversuch der EU-Kommission. Auch der ostafrikanischen *Region East South Africa, ESA* wurde unmissverständlich klar gemacht, dass die Höhe der EU-Entwicklungshilfegelder von dem »EPA-Liberalisierungspaket« abhängig ist.

Im August hat die ESA-Verhandlungsgruppe der EU offiziell mitgeteilt, dass sie nicht mit einem EPA-Abschluss vor Ende des Jahres rechne. Sie bat die EU um eine Übergangslösung, die garantiert, dass es für die Staaten nicht zu massiven Exporteinbrüchen und damit zu Einnahmeverlusten kommt.

EUROPAS MASSENVERNICHTUNGSWAFFE

Aminata Traore, ehemalige Kultusministerin Malis und prominente Aktivistin Afrikas, bezeichnet die Freihandels-Abkommen als die Massenvernichtungswaffen Europas: »Europa verlangt von uns Wettbewerbsfähigkeit, aber mit China erfährt es Wettbewerbsfähigkeit am eigenen Leib und kriegt die Panik. Europa schickt uns seine Hühnerbeine, seine Gebrauchtwagen, seine abgelaufenen Medikamente und seine ausgelatschten Schuhe, und weil eure Reste unsere Märkte überschwemmen, gehen unsere Handwerker und Bauern unter. Jetzt schickt China seine Produkte nach Europa, und zwar nicht einmal Reste, sondern saubere, wettbewerbsfähige Waren. Und was tut Europa? Es diskutiert Zölle. Also sage ich: Auch Afrika darf sich schützen. Europa kann doch nicht vor China Panik kriegen und zugleich von Afrika Öffnung verlangen. Für uns sind diese Abkommen die Massenvernichtungswaffen Europas.«[5]

‹›

ANMERKUNG 1 Bilder der EPA-Aktionen im Internet: epa2007.org/main.asp?id=485 2 Wir sollten zu einer langfristigen Schaffung/Entwicklung von Exportmärkten für EU-Exporte beitragen. (We should contribute to the long term creation/development of export markets for EU exports.) Internet: europa.eu.int/comm/trade/issues/sectoral/competitiveness/index en.htm 3 ***Alter Wein in neuen Schläuchen?*** *Handelspolitik Aktuell* BDI. April 2005 4 Internet: assemblee-nationale.fr/12/europe/rap-info/i3251.asp 5 Die Tageszeitung. Interview. 06. Juli 2005

Annette Groth ist Entwicklungssoziologin mit Schwerpunkt Internationale Politik, Volks- und Betriebswirtschaft. Internet: www.eurafair.de

DIE AUSDEHNUNG DER GRENZE

WIE WIRD MENSCH NACKTES LEBEN?

CHRISTOPH MARISCHKA

Es gibt die grob fahrlässige Vorstellung, dass Staaten zum Schutz ihrer Bevölkerung existieren würden und deren Interessen vertreten sollten. Demgegenüber steht die Annahme, dass Staaten nur die Interessen einer kleinen Elite gegenüber der Bevölkerung durchsetzen. Während letztere – angewandt auf westliche Staaten – geradezu als revolutionär gebrandmarkt sind, würden ihr im Bezug auf die Herkunftsländer vieler Migranten – denken wir an die üblichen Klischees über afrikanische Regierungen – viele Menschen spontan zustimmen: Die Herrscher-Clique bereichert sich am Volk und unterdrückt es entsprechend. Tatsächlich lässt sich staatliche Politik in weiten Teilen der Welt eher als kontinuierliche Enteignung und Entrechtung der Bevölkerung beschreiben. Was dieser Interpretation bislang für die Staaten des globalen Nordens entgegenstand, lässt sich grob unter dem Begriff der Sozialpolitik subsumieren und diese wird gegenwärtig bekanntlich demontiert. Zygmunt Bauman (Wasted Lives) und Mike Davis (Planet of Slums) haben in jüngster Zeit den Blick dafür geschärft, wie die Landbevölkerung enteignet und in die Städte getrieben wird, dort in informellen Verhältnissen haust und kriminalisiert wird.

GLOBALE MACHT-VERHÄLTNISSE

Sozialpolitik verfolgt das Ziel, dieser Wirkung der Enteignung zumindest für einen Teil der Bevölkerung entgegen zu wirken, um den sozialen Frieden aufrecht zu erhalten. Doch im Zuge der neoliberalen Globalisierung sehen sich Staaten heute gezwungen, internationale Interessen gegenüber ihrer Bevölkerung durchzusetzen. Im globalen Norden wird der Sozialabbau unter Schlagwörtern wie »Standortkonkurrenz« vollzogen, in den Länder des globalen Südens werden unter der Ägide von Weltbank und IWF Einfuhrzölle aufgehoben, Freihandelszonen eingerichtet, Staudämme gebaut oder gar gigantische Eukalyptusplantagen als CO2-Senken angelegt, um der wirtschaftlichen Marginalisierung zu entgehen. Die desolate wirtschaftliche Lage lässt soziale Konflikte offen aufbrechen und führt in immer mehr Ländern zu einem kontinuierlichen Low-Intensity-Warfare gegen die Bevölkerung.

Nicht nur aufgrund ihrer sozialpolitischen Handlungsunfähigkeit sollten die so genannten Herkunftsstaaten ein Interesse daran haben, dass die überflüssig, ja gar hinderlich gewordene Bevölkerung abwandert, im Ausland vielleicht sogar ihr Glück machen kann, den verbliebenen Familienmitgliedern Geld schickt oder am Ende gar mit dem erlernten Wissen und dem erarbeiteten Kapital zurückkehrt und die heimische Wirtschaft in Schwung bringt. Aus demselben Grund sollte sie ein Interesse daran haben, dass ihre Staatsangehörigen im Ausland nicht nur bis aufs Letzte ausgebeutet werden, sondern gewisse Rechte haben. Genau dies war der Hintergrund früherer internationaler Abkommen über »Gastarbeiter«. Heute müssen Staaten wie Marokko sich schon dafür zum Vorposten der Festung Europa machen, dass Kontingente ihrer Bürger zeitlich befristet immerhin legal als Saisonarbeiter in Europa arbeiten können. Heute werden Herkunfts- und Transitstaaten gezwungen, ihre eigene Bevölkerung, sei es das grenzüberschreitende Transportgewerbe, die Fischerei oder die Ausreisewilligen, zu kriminalisieren. Sie werden gezwungen, ihre Bürger gefesselt aus Abschiebeflügen zu empfangen. Dagegen richtet sich Protest der Bevölkerung. Je diktatorischer ein Regime, desto besser lässt sich Protest unterdrücken und die EU scheut sich nicht, in Ländern wie Libyen und Mauretanien die Polizei aufzurüsten und den Bau von Lagern zu finanzieren. Um die Weiterreise von Flüchtlingen zu verhindern und Abschiebungen zu ermöglichen wurde in Tansania mit dem Geld der EU eine *Regional Protection Area* ausgerufen und Marokko Quoten für zeitlich befristete Zuwanderung zugestanden. Beide Länder sind mit TransitmigrantInnen überfordert und reagieren zunehmend repressiv, beispielsweise durch militärische Ausweisungen und Prügelorgien. In Reaktion auf die Krise in Darfur wird die EU an der Grenze zum Tschad und der Zentralafrikanischen Republik Soldaten stationieren und die UN unterstützen, die Polizeien der beiden Regimes aufzurüsten und auszubilden.

DIE AUSDEHNUNG DER GRENZE

Der intensivste Moment der Entrechtung findet allerdings an der Grenze statt. Hier wird der Mensch in eine Rechtsordnung eingeschlossen, aus der er dennoch (partiell) ausgeschlossen bleibt. Er wird Gesetzen unterworfen, die er für sich dennoch nicht geltend machen kann und an deren Legitimierung er selbst nach den abenteuerlichsten demokratie-theoretischen Konstruktionen nicht beteiligt ist oder war. Hier benötigt der Grenzgänger spezielle Dokumente und haben die Sicherheitskräfte erweiterte Befugnisse. Begründet werden diese damit, dass der Mensch etwas beansprucht, was nach Auffassung der Staaten nur mit deren Einverständnis und nach eingehenden Kontrollen bewilligt werden kann. Zwar gibt es ein Menschenrecht auf Ausreise, den Staaten obliegt es aber, über die Legalität der Einreise zu entscheiden. Das Asyl im Völkerrecht soll hierfür eine Ausnahme schaffen, doch die Beweislast ist umgekehrt: Die Grenzgängerin muss beweisen, dass ihr Übertritt legal ist. Zwischen Grenzübertritt (denn die Grenzen sind durchlässig und die Rechtslage stets unklar) und Nachweis seiner Legalität liegen oft Jahre, ein Leben oder ein vorübergehender Aufenthalt unter dem Verdacht oder auch der einseitigen Feststellung der Illegalität.

Grenzen sind zudem ein sensibler und symbolischer Ort nationalstaatlicher Souveränität. An der Grenze ist der Kriegszustand latent, die Überschreitung der Grenze durch fremde Soldaten löst diesen aus und das Militär steht bereit, um diese zu verhindern. Doch die Kategorien Krieg und Frieden sowie Soldat und Zivilist sind in der Auflösung begriffen und die Berliner Erklärung der EU von 2007 macht deutlich, wo illegalisierte MigrantInnen zwischen diesen von der deutschen Regierung für die EU verortet werden. Dort heißt es: »Wir werden den Terrorismus, die organisierte Kriminalität und die illegale Einwanderung gemeinsam bekämpfen.«

Die Grenze ist keine klare Linie, an der die Souveränität des einen Staates aufhört und des anderen beginnt. Ein Grund hierfür wurde bereits angedeutet und liegt in der sich ausdehnenden Souveränität der neuen und alten Imperien. Neben den Militäreinsätzen in Herkunfts- und Transitländern zeigt sich

diese darin, dass die EU andere Staaten dazu zwingt, Gesetze gegen Schlepper oder die illegale Ausreise einzuführen und dass deutsche Grenzschützer als Verbindungsbeamte auf Flughäfen im Ausland entscheiden dürfen, wer einen Flug in die EU besteigen darf und wer nicht. Sicher haben sie dabei formal keine exekutiven Befugnisse, doch verstößt ein Transportunternehmen gegen die Auflagen, können ihm Geldstrafen auferlegt oder sogar die Lizenz für europäische Flughäfen entzogen werden. Aber auch nach innen weitet sich der Grenzbereich aus. Jeder internationale Flughafen ist eine Grenze, die deutsche Bundespolizei (zuvor: Bundesgrenzschutz) darf auf grenzüberschreitenden Verkehrswegen und dem gesamten Schienennetz der deutschen Bahn aktiv werden. Neben der grenzüberschreitenden Nacheile – also der Verfolgung von StraftäterInnen über Grenzen hinweg – werden durch zwischenstaatliche Abkommen zur Polizeikooperation sowie die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit der EU und überstaatlicher Behörden wie Europol Sicherheitsbeamten Befugnisse außerhalb ihres eigentlichen Herrschaftsbereiches eingeräumt. Dabei sicherzustellen, dass sich die Beamten an die jeweiligen strafprozessualen Erfordernisse halten und Grundrechtseingriffe im jeweiligen Rechtssystem angemessen und zulässig sind, ist geradezu unmöglich. Der Ausweitung polizeilicher Befugnisse insbesondere auch im Bereich der Erhebung und Weitergabe persönlicher Daten steht eine Verkomplizierung bis Unmöglichkeit gegenüber, diese Befugnisse überprüfen oder rechtlich anfechten zu können. Dies ist eine konkrete Form der Entrechtung, die gegenwärtig auf dem Mittelmeer deutlich zu Tage tritt und bewusst fortentwickelt wird.

DAS MEER ALS PARADIGMA DER GRENZE

Nehmen wir das Meer als Grenze: Das Mittelmeer. Über Jahrhunderte war es selbst ein bedeutender Raum des Handels, des kulturellen und intellektuellen Austausches. Die Welt wurde vom Meer aus gesehen und bestand aus einer ewigen Küste, wichtigen Häfen, einigen bedeutenden Städten im küstennahen Inland und einem weitgehend unbekannten Hinterland. Es ist immer noch ein Raum, ein verbindender und ein trennender. Heute ist er für Waren ein verbindender und menschlich/intellektuell ein trennender. Damit ist er als Raum das Paradigma einer Grenze.

Auf dem Meer herrscht das Recht des Stärkeren, das aber an lokale Interessen und globale Machtverhältnisse gekoppelt ist. Eine Macht, ein Hegemon, ein Imperium, beansprucht, auf See über die Legalität zu entscheiden und stellt ausgesuchten Piraten einen Kaperbrief aus. Die Legitimität ist dezentral: Arme, Kriminelle, Ausgeschlossene, Abenteurer und Ausgeraubte wollen das Gestohlene für sich erbeuten. Einige erhalten hierfür die Erlaubnis vom Hegemon, Andere von Regierungen, die ihm dieses Recht streitig machen wollen, was im Mittelmeer gegenwärtig kein Staat wagt.

Seegrenzen sind flexibel und unbestimmt. Das »Herrschaftsgebiet« endet völkerrechtlich zwölf Meilen vor der Küste, wenn der Staat diese vermisst, was er normalerweise nicht tut. Er beansprucht sicher eine Fülle exekutiver Rechte vor seinen Küsten, aber er will nicht definieren, wo diese aufhören.

Es kommt so zwangsläufig zu Überlappungen der Herrschaftsansprüche, in denen Rechtsauslegung und Staatenpraxis wiederum von internationalen Machtverhältnissen und fragmentierten lokalen Interessen, die deshalb oft unterliegen, abhängig sind. Meeresengen kontrolliert, wer gegenwärtig über die entsprechenden Ressourcen verfügt und entsprechende Interessen verfolgt. Die NATO hat unmittelbar nach den Anschlägen von 9/11 ihre Mittelmeerflotte mobilisiert und patrouilliert seit dem unter dem Einsatznahmen »Active Endeauver« auf dem Mittelmeer. Frontex koordiniert zivile, polizeiliche und militärische Boote, unterstützt von militärischen Aufklärungsmitteln, wissenschaftlichen Instituten, in ständigem Kontakt mit den Behörden der nordafrikanischen Anrainer und ist nicht nur in deren Küstengewässern sondern auch an Land tätig. Auf der anderen Seite wurde die Besatzung der Cap Anamur und jüngst sieben tunesische Fischer, die ihrer menschlichen und völkerrechtlichen Pflicht zur Notrettung auf See nachkamen, kriminalisiert.

Am 26. August 2001 rettete das norwegische Containerschiff MV Tampa jenseits der australischen Küstengewässer 438 afghanische Flüchtlinge aus Seenot. Hierdurch hoffnungslos überfüllt und selbst im rechtlichen Sinne seeuntüchtig steuerte das Schiff den nächstgelegenen Hafen auf dem zu Australien gehörigen Christmas Island an. Vier Seemeilen vor der Insel und damit klar im australischen Herrschaftsgebiet enterten Spezialkräfte des australischen Militärs die MV Tampa und übernahmen die Kontrolle über das Schiff. Ziel war es, zu verhindern, dass die Flüchtlinge australisches Land betreten. Erst dann fallen sie unter die Bedingungen des *Migration Act 1958*, welcher die Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention in australisches Recht umsetzt. Stattdessen wurden die Flüchtlinge von der Marine festgehalten und nach Neuseeland sowie in den winzigen Inselstaat Nauru verbracht. In der Folge wurde der Migration Act dahingehend geändert, dass Christmas Island und weitere Inseln innerhalb der australischen Zwölfmeilenzone nicht unter den Migration Act fallen und MigrantInnen, die dort landen, kein Recht auf Asyl hätten. Obwohl Australien also Herrschaft über diese Inseln beansprucht, ist der Staat nicht bereit, dort Menschen ihre Rechte zu gewähren. Nicht umsonst wird diese australische Praxis im Umgang mit MigrantInnen nach dem Meer benannt, in dem sie angewandt wird: »Die pazifische Lösung«.

Die »mediterrane Lösung« sieht hingegen so aus: Die EU (gemeinsam mit der NATO) beansprucht die Herrschaft auf dem Mittelmeer, entscheidet, was legal ist und wer welche Rechte hat. Durchgelassen wird, wer bereit ist, sich auf sein nacktes Leben zu reduzieren. Bevor MigrantInnen ihre Boote besteigen, vernichten sie ihre Dokumente und geben damit ihre Rechte auf. Die Boote sind klein und seeuntüchtig und haben keinen Navigator. Die MigrantInnen müssen sich in Seenot, in Lebensgefahr begeben, sonst werden sie zur Umkehr gezwungen. Die europäischen Mittelmeeranrainer haben die *See in Search-and Rescue (SAR-)Zonen* aufgeteilt. Wenn die von multinationaler Polizei besetzten und durch militärische Aufklärung unterstützten Schiffe von Frontex die MigrantInnen nicht in den nordafrikanischen Gewässern zur Umkehr bewegen können, werden die Boote am Rande der SAR-Zonen gestoppt, durchsucht, dann werden die Insassen darüber informiert, dass eine Weiterfahrt illegal ist und Rettungswesten an sie verteilt.

Frontex ist die konkrete Umsetzung des Konzepts der »vernetzten Sicherheit« und Ausdruck sich ausdehnender Souveränitätsansprüche der EU und ihrer Mitgliedsstaaten. Wozu beides unweigerlich führt, erkennen wir eben an der »Humanität« die am Rande der Frontex-Einsätze aufblitzt und in deren paramilitärische Strukturen eingebunden ist. Denn Humanität ist ein Ausdruck von Willkür, vom fehlenden Recht auf Rechte und das Leben in einem dämmernden allgemeinen Kriegszustand. Humanität ist die notwendige Ausnahme vom Ertrinken-Lassen und Erschießen, vom Demütigen, Misshandeln, Wegsperren und Deportieren. ‹›



WELTVERSCHWÖRUNG DAS IST EIN ALTES DENKMUSTER

EIN GESPRÄCH ZWISCHEN CHRISTOPH BURGMER UND HELMUT REINALTER

ZAG In einem wahrscheinlich fiktiven Interview eines Verschwörungstheoretikers steht auf die Frage: »Was steht uns in den nächsten Jahren bevor?« die Antwort: »Die neue Weltordnung NWO wird kommen, ohne Zweifel. Die NWO ist das Ziel der Illuminati seit mindestens 200 Jahren und zeichnet sich durch eine globale Überwachung der Menschheit aus. Durch den inszenierten Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 haben sie einen riesigen Schritt geschafft. Es wurden Gesetze erlassen, die eine globale Überwachung nun gänzlich regulär möglich machen, natürlich alles nur zur Bekämpfung des Terrorismus. Irisscans, Überwachung aller Fahrzeuge durch das Mautsystem, bargeldloser Zahlungsverkehr mit Kreditkarten, ersetzen der Briefpost durch SMS und E-Mail und die Implantierung von Mikrochips unter die Haut, das seit April 2003 offiziell in Deutschland praktiziert wird.« Ausführungen eines Verschwörungstheoretikers. Herr Reinalter, Sie forschen schon seit einigen Jahren über verschwörungstheoretisches Denken, seine Verbreitung und die Folgen. Was ist an dem obigen Zitat eigentlich verschwörungsideologisch?

Helmut Reinalter Das verschwörungsideologische Element dieser Hinweise ist die Weltverschwörung, die mit den angegebenen Mitteln angestrebt wird. Das ist ein altes Denkmuster, das aber an den Zivilisationsstand angepasst wird. Das ist ein Merkmal der Verschwörungstheorien überhaupt, dass es ein Grundmuster der Verschwörungstheorie gibt, das jederzeit angepasst werden kann an die jeweiligen Veränderungen der Gesellschaft.

ZAG Wir haben hier also etwas ganz Typisches. Man nimmt die Vorstellung einer kommenden diktatorischen Weltordnung irgendwelcher Mächte, wozu dann Fakten gesammelt werden, die die Theorie angeblich belegen.

Helmut Reinalter Das Problematische ist der Zusammenhang, der hier hergestellt wird und die Verschwörungsideologie, die dahinter steht.

ZAG Ein solches Denken hat derzeit Konjunktur. Es gibt viele Menschen, die auf die ein oder andere Weise davon überzeugt sind, dass an solchen Vorstellungen irgend etwas Wahres dran sein muss. Kann man davon sprechen, dass die Verschwörungstheorien eine Art Zeitgeist des neuen Jahrhunderts sind?

Helmut Reinalter Zeitgeist, das ist vielleicht zu stark. Tatsache ist jedoch, dass Verschwörungstheoretiker Ursachenforschung für Phänomene betreiben, die sie dann mehr oder weniger gut beschreiben, aber dabei die sehr komplexen, schwer zu durchschauenden Entwicklungsprozesse unserer Gesellschaft reduzieren, die Phänomene isolieren und Minderheiten dämonisieren. Damit werden falsche Zusammenhänge und Kausalitäten konstruiert. Entscheidend ist die Reduktion einer großen Komplexität auf eine ganz einfache Erklärung. Das ist das gefährliche an Verschwörungstheorien. Und die Menschen, die die Dinge nicht mehr durchschauen sagen: Aha, jetzt verstehe ich diesen Zusammenhang.

ZAG Die Verschwörungstheoretiker als Gegenaufklärer gehen nicht wissenschaftlich vor. Ihre Strategie besteht darin, eine Gruppe, eine Minderheit zu dämonisieren, um dann zu versuchen zu beweisen, dass diese Gruppe für irgendetwas der Verursacher ist. Verschwörungstheoretiker sind damit Teil der Gegenmoderne?

Helmut Reinalter Durchaus. Das verschwörungstheoretische Denken ist ein pseudorationales, ein zweckgebundenes Denken, welches in Zusammenhang mit den Zielen der Verschwörungstheorie steht. Denn die verfolgt bestimmte, genau definierte Ziele, Interessen, Absichten. Vier davon finden wir in fast jeder Verschwörungstheorie, egal welchen Typus. Das ist zunächst einmal die identitätsstiftende Funktion. Die Anhänger von Verschwörungstheorien wollen durch die Festlegung von Minderheiten, die sie ausgrenzen, ihre Identität stärken, oder Identität überhaupt erst gewinnen.
Zweitens die Nutzung als Erkenntnisinstrument. Dahinter verbirgt sich die schon beschriebene Reduktion der Komplexität, also dass man durch Reduktion der Komplexität einen angeblich verantwortlichen Verursacher identifiziert.
Drittens die Nutzung als Manipulationsinstrument, indem man, wie zum Beispiel im Nationalsozialismus, die Massen durch den Mythos der jüdisch-freimaurerischen Weltverschwörung aufhetzt. Diese angebliche Verschwörung muss dann

bekämpft werden, insbesondere dann, wenn man, wie die Nationalsozialisten, selbst den Anspruch auf die Weltherrschaft erhebt.
Und das vierte ist die Legitimationsfunktion. Mit Verschwörungstheorien legitimiert man den eigenen Terror und die eigene Machtausübung.

ZAG Muss man den Beginn der Verschwörungstheorien im Zeitalter der Aufklärung sehen?
Helmut Reinalter Ich denke schon. Der erste wirkliche Verschwörungstheoretiker war der Abbé Barruèl im Einflussbereich der französischen Revolution. Das ist kein Zufall. Barruel war ein ehemaliger Jesuit, der sich mit der französischen Revolution beschäftigt hat und die legitime Frage nach den Ursachen stellte und mit den verschiedenen Ansätzen, die schon während der Revolution selbst formuliert wurden, nicht einverstanden war. Aus seiner christlichen Perspektive ist er zu einer Stufentheorie gekommen, indem er zunächst die Philosophie der Aufklärer und danach die Geheimgesellschaften, insbesondere die Freimaurer und Illuminaten als Wegbereiter der Jakobiner verantwortlich identifizierte und anprangerte.
Die Illuminaten sind der erste politische Geheimbund der Neuzeit, gegründet 1776 in Ingolstadt als Gegenorden zu den Jesuiten. Man strebte keine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft an, sondern wollte durch die Unterwanderung der Gesellschaft Einfluss gewinnen. Man muss sich vorstellen, dass damals das politische System der Absolutismus war. Und Absolutismus und Freimaurerei schließen sich aus.

ZAG Baut die antiaufklärerische Pamphletliteratur des 19. Jahrhunderts darauf auf?
Helmut Reinalter Das wesentliche ist, dass sich das Verschwörungsdenken im 19. Jahrhundert verweltlicht, säkularisiert. Das ist der Unterschied zum 18. Jahrhundert. Von nun an geht man aus konkreten politischen Gründen gegen Minderheiten vor. Nun macht man gezielt Gruppen aus, zunächst einmal die Juden, aber auch die Sozialisten, Marxisten, Kommunisten usw. Das heißt, die Trägergruppen ändern sich. Das Grundschema des Verschwörungsdenkens bleibt aber im Grunde gleich, nur die dämonisierte Minderheit wird ausgetauscht.

ZAG Lässt sich da auch eine verschobene Zielsetzung feststellen?
Helmut Reinalter Ja. Dadurch, dass man sagt, dass der Marxismus und die Gründung der Internationale ein wesentlicher Schritt zur Weltherrschaft der Sozialisten, der Marxisten sei. Solche Muster des Verschwörungsdenkens kommen häufig von royalistischer und christlicher, insbesondere katholischer Seite.

ZAG Ist das der konservativ-reaktionäre Untergrund, auf dem das basiert?
Helmut Reinalter So sehe ich das. Es kulminiert in den so genannten *Protokollen der Weisen von Zion* Ende des 19. Jahrhunderts, in denen eine angebliche jüdische Weltverschwörung beschworen wird.
»Die Illuminati stiften Chaos, so gut es geht, durch Aufhebung von regionalen Grenzen, die Mischehe, Homoehe, Verrohung der Kinder als auch der Gesellschaft durch Gewalt und Sex aus dem Fernseher, Videospiele und Internet, Zerstörung von Werten wie Familie, Tradition, Ehre und Stolz durch Perversion, Pornographie und Drogen«, soweit ein Verschwörungstheoretiker. Das liest sich ja wie ein Sammelsurium rechtsextremistischer Vorstellungen.
Im Weltbild des Rechtsextremismus spielen Verschwörungstheorien eine große Rolle genauso wie die Esoterik. Es gibt eine starke Affinität zwischen rechtsextremen Vorstellungen und Verschwörungstheorien. Und die Träger der Verschwörungstheorien werden von den Rechtsextremen auch bekämpft.

ZAG Verschwörungstheoretiker sind für Argumente nicht zugänglich?
Helmut Reinalter Wirklichkeit wird geleugnet, wird nicht zur Kenntnis genommen. Dies nimmt zuweilen wahnhafte Vorstellungen an und wäre noch medizinisch zu erforschen. Das wirksamste Mittel aber, Verschwörungstheorien zu bekämpfen, ist seriöse Aufklärungsarbeit. Man muss darstellen, worin die Problematik von Verschwörungstheorien und die Problematik des Verschwörungsdenkens überhaupt liegt. ‹›

ANMERKUNGEN Helmut Reinalter wurde 1943 in Innsbruck geboren. Er ist seit 1981 Professor für Neuere Geschichte an der Universität Innsbruck und Leiter des Privatinstituts für Ideengeschichte. Er ist Mitglied des Club of Rome, der Commission Internationale d'Histoire de la Révolution française an der Sorbonne, des Akademischen Rates der Humboldt-Gesellschaft sowie der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste.
Veröffentlichungen: Die Freimaurer, 3. Aufl., München 2002; Herausgeber der Sammelbände: »Verschwörungstheorien. Theorie-Geschichte-Wirkung«, Innsbruck u.a., 2002 und »Typologien des Verschwörungsdenkens«, Innsbruck 2004. Christoph Burgmer hat Helmut Reinalter für die ZAG in Innsbruck getroffen.

CON-SPIRACY VER-SCHWÖRUNG IST ÜBERALL, NUR NICHT HIER

ANDREAS NOWAK, ZAG

Was macht Verschwörungen so interessant, dass man nicht nur einfach an sie glaubt, sondern auch noch darüber schreibt? Zum einen ihre erzählerische Form, die – wenn gut aufbereitet – oftmals spannungsreich – und oftmals zu Recht – unbeachtete Indizien zu einem Komplott verdichten. Bücher wie Dan Browns »Illuminati« oder Filme wie »J.F.K.« von Oliver Stone, zeigen wie erfolgreich so etwas sein kann. Wären Verschwörungstheorien allerdings nur Erzählungen, könnten wir dieses Thema der Literatur- und Kinokritik überlassen.
Momentan zeigt der Blick in Blätter wie die ZAG 50, das AIB 76 oder einige Artikel in der Jungle World, dass ein größeres und weiterreichendes Interesse an ihrer Deutung besteht. Sicher ist die Welle der neu entstandenen beziehungsweise wiederbelebten Weltverschwörungserklärungen nach den Anschlägen vom 9. September 2001 ein guter Grund.
Die Ausgabe 76 des Antifaschistischen Info Blatt (AIB) beschäftigt sich mit Verschwörungsdenken in der Rechten. Zwei Beiträge beleuchten das Verschwörungsdenken bei alten und neuen Nazis. Auf die esoterischen Elemente geht Eduard Gugenberger in seinem Artikel ein und

Michael Hagemeister zeichnet die Geschichte der offensichtlich fiktiven *Protokolle der Weisen von Zion* und ihre Bedeutung für die Rechte nach.

Schaut man in die aktuelle Ausgabe des AIB, wird klar, welche Funktionen Verschwörungsdenken übernimmt. Da ist zum einen die motivationelle Funktion: rassistische und antisemitische Anschläge werden durch angebliche Verschwörungen begründet und dadurch für Gruppen und Einzelne handlungsleitend, wie zum Beispiel beim Anschlag von Oklahoma City 1995.

Zudem besitzt es eine politisch-instrumentelle Funktion: Der Staat oder politische Gruppen bauen eine permanente Bedrohung auf, die zur Durchsetzung der eigenen politischen Interessen dient, wie zum Beispiel im Bereich der Migration und »Inneren Sicherheit«.

Als typische Kennzeichen von Verschwörungstheorien werden genannt:

1 die Vorstellung von einer scheinbaren Welt, die erst entschlüsselt werden muss – nichts ist so, wie es scheint,

2 ein sehr lockerer Umgang mit Belegen für die eigenen Behauptungen – manchmal ist gerade das Fehlen eines Belegs der Beweis für eine Verschwörung,

3 die Menge an Details die zusammengetragen, aber nicht auf ihre Widersprüchlichkeit geprüft werden,

4 die strikte Gegenüberstellung von gut und böse, sowie

5 die weltweite und zeitlich häufig ungebundene Macht die den Verschwörern zugeschrieben wird.

Ihre Beliebtheit rühre aus ihrer Unwiderlegbarkeit und ihrem erklärenden Charakter. Dort wo rationale Antworten versagten, weil sie nicht nachvollziehbar sind, füllten Verschwörungstheorien die Lücke. Somit erfüllen sie auch die Funktion, das Unerklärbare zu erklären – oder das Unverstandene verstehen zu wollen.

Auffällig ist das vielfache und auch in Heft 76 des AIB immer wieder aufscheinende Verständnis des Verschwörungsdenkens als »einfach«. Doch »einfach« sind Verschwörungskonstrukte in aller Regel nicht.

Einfach ist am Verschwörungsglauben die Identifizierung der VerschwörerInnen: Freimaurer, Philosophen, Kommunisten, Juden, Amerikaner. Sie dient der Dämonisierung. Hat man eine Verschwörung entdeckt, ist der Weg nur kurz zu den üblichen Verdächtigen. Doch könnte man hier besser von einem Kurzschluss reden, da vom Ergebnis direkt auf seine angeblichen VerursacherInnen und NutznießerInnen geschlossen wird.

Doch der große Aufwand, der betrieben wird, widerspricht der These der Einfachheit von Verschwörungstheorien. Da sind die vielfach schwer zu entdeckenden Indizien, die aufgehäuft werden – zu einem Gutteil müssen diese selbst erfunden werden. Auch die ungeheure Fertigkeit, aus scheinbar banalen Hinweisen auf eine Verschwörung zu schließen, scheinbare Fälschungen und Manipulationen aufzudecken, belegen eher die Kompliziertheit von Verschwörungskonstrukten. Da nichts so ist, wie es scheint, muss ein spezifisches Decodierungsverfahren angewendet werden, um das Geheimnis unter der Oberfläche des Normalen zu lüften. Verschwörungstheoretiker glauben, den Schlüssel hierfür in den Händen zu halten, da sie die Verschwörung ja bereits erkannt haben. Diese Art der Erkenntnisarbeit bräuchte für einfache Zusammenhänge nicht betrieben zu werden.

Die Behauptung der Simplizität von Verschwörungserzählungen betrifft auch ihre Funktion der Welterklärung. Ihnen fehle die Wissenschaftlichkeit und sie seien unterkomplex, da selbst erwiesene Fälschungen Referenzpunkte für Verschwörungskonstrukte bleiben. Doch der wissenschaftliche Nachweis der Fehlerhaftigkeit eines Verschwörungskonstrukts lässt dieses immer noch nicht verschwinden. Da Verschwörungstheorien sich als Aufklärung über Aufklärung verstehen und WissenschaftlerInnen und ExpertInnen als Unwissende oder gar Mitverschwörer entlarven wollen, sind sie nicht auf wissenschaftliche Rationalität und Autoritäten angewiesen.

Verschwörungsglaube reduziere komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge auf einfache Annahmen, da die Gläubigen einfache Rezepte benötigten, um sich im Leben und der Welt zurecht zu finden. Verschwörungstheorien erwecken unser Interesse zum einen wegen ihrer Absurdität und Verwickeltheit und zum andern, weil sie die Welt verständlich und einfacher zu machen scheinen. Doch nur weil sie im Alltag brauchbar sind, müssen sie nicht unbedingt simpel sein. Auch greift die These von der Einfachheit des Verschwörungsglaubens zu kurz, wenn damit zugleich auf die Einfachheit der Gläubigen geschlossen wird. Obgleich Rassismus unbestreitbar unheimlich bescheuert ist, sind nicht alle RassistInnen dumm und von einfachem Gemüt.

Gerade das Verständnis sozialer Prozesse in Verschwörungserzählungen als zielgerichtete und hyperrationale, als rechenhafte und egoistische, als voluntaristische und keine Zufälle zulassende Veranstaltung ist bemerkenswert. Solch ein Verständnis des sozialen Lebens ist einleuchtend, wenn das Leben in unserer Gesellschaft ein solches Denken nahe legt. Insofern ist Verschwörungsdenken Ausdruck einer sozialen Praxis, die es zu verstehen und zu ändern gilt. Neben der wissenschaftlichen Prüfung von Verschwörungskonstrukten, scheint die Aufklärung über die gesellschaftliche Position, Interessen und Vorurteile der VerschwörungstheoretikerInnen am erfolgreichsten, um Verschwörungsideologien zu begegnen. So wie die Auseinandersetzung mit wirklichen Verschwörungen, ist der Kampf gegen Verschwörungtheorien ein politischer Kampf. ‹›

Verschwörungstheorien. *Imaginationen zur Welterklärung* Antifaschistisches Info Blatt, Nummer 76, Berlin 2007, EUR 03,10 Internet www.antifainfoblatt.de

REZENSIONEN

JENSEITS DER GRENZE

CHRISTIAN SCHRÖDER

Wer im Wochenendverkehr auf der Autobahn zwischen polnischer Grenze und NRW unterwegs ist, kann die polnische Pendelarbeitsmigration erleben. Freitagnachmittag geht es in die polnische Heimat, Sonntagnachmittag zurück an den deutschen Arbeitsplatz. Schätzungen gehen davon aus, dass seit der EU-Osterweiterung im Mai 2004 zwischen anderthalb und vier Millionen PolInnen dauerhaft oder vorübergehend ihre Heimat verlassen haben, um in Westeuropa zu arbeiten. Bei aller Panikmache vor polnischen »BilligarbeiterInnen« wird übersehen, dass Polen schon immer ein klassisches Auswanderungsland und Deutschland das wichtigste Zielland polnischer MigrantInnen war und ist.

Beide Länder verbindet eine lang anhaltende Migrationsgeschichte. Wurde aber die Ost-West-Migration zwischen Osteuropa und Deutschland bis zur Maueröffnung noch kaum beachtet, ist sie seit der »Vereinigung« und erst recht seit der EU-Erweiterung ein medialer und politischer Dauerbrenner.

POLSKI BERLIN

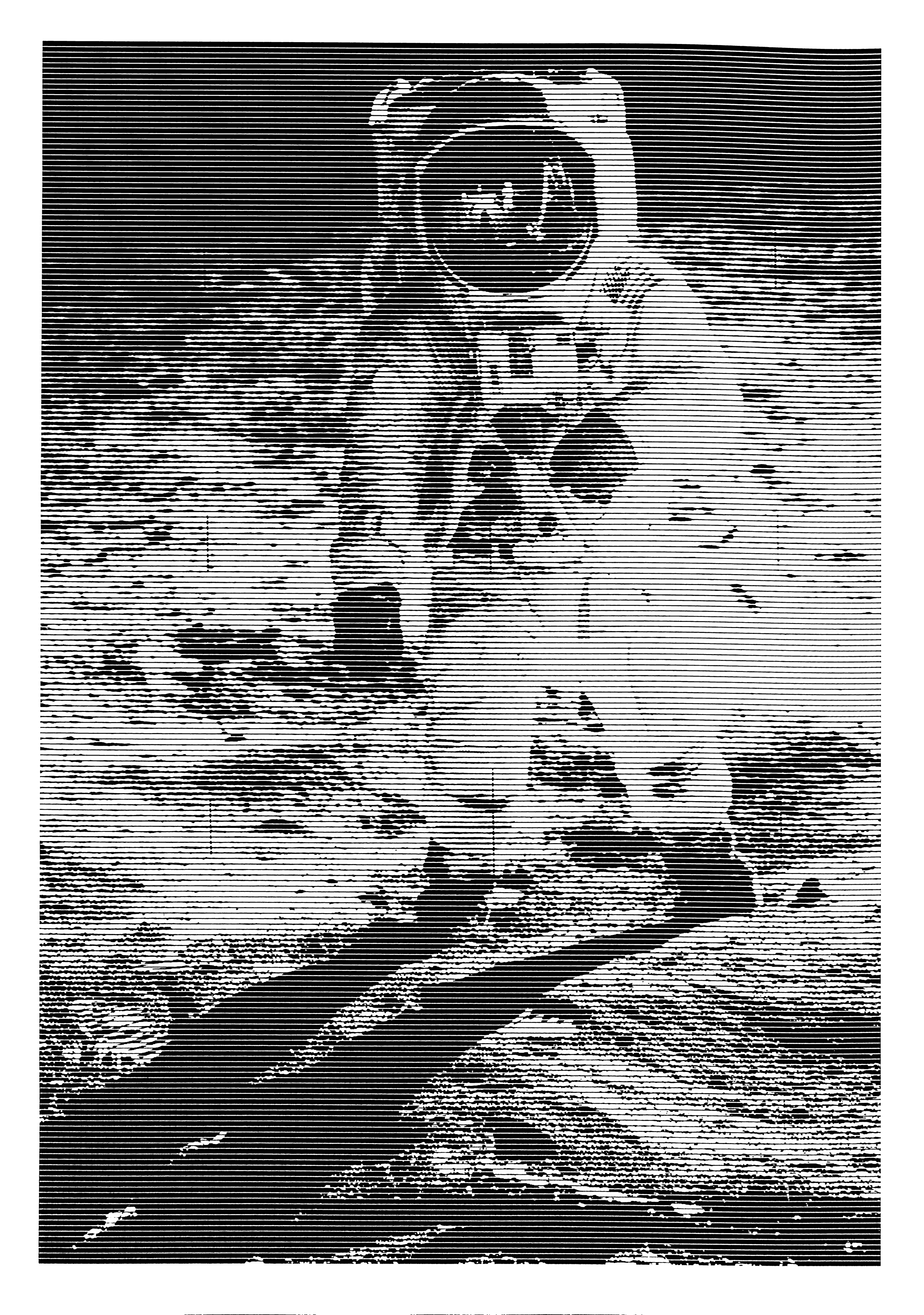
In ihrer Doktorarbeit *Polski Berlin* untersucht die Politologin Frauke Miera das deutsch-polnische Migrationssystem seit der Nachkriegszeit.

Ihr Schwerpunkt liegt auf dem Wandel des Migrationssystems seit den Transformationsprozessen Ende der 1980er Jahre bis Ende der 1990er Jahre. Miera argumentiert, »dass die Migrations- und Integrationsprozesse zwischen Polen und den westlichen Besatzungszonen beziehungsweise der BRD in der Zeit von 1945 bis Ende der 1980er Jahre, in erster Line durch die historisch belasteten deutsch-polnischen Beziehungen, nationalstaatlichen Prinzipien und den politischen Systemkonflikt bestimmt sind«.

Nach einem knappen historischen Rückblick zur deutsch-polnischen Migrationsgeschichte analysiert sie das Migrationssystem zwischen Polen, BRD und DDR bis zum Mauerfall. Sie beschreibt die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen und die sich herausbildenden Migrations- und Integrationsmuster. Menschen aus Polen kommen in der Nachkriegszeit zunächst als *Displaced Person* und AussiedlerInnen mit deutschem Pass nach Deutschland. Später überqueren sie als TouristInnen, DoppelstaatlerInnen, Personen ohne legalen Aufenthaltstatus die Grenze. Nach Öffnung der polnischen Grenze nach Westen setzt eine neue Migrationsbewegung ein.

Das vereinte Deutschland entwickelt eine Migrationspolitik, die stark auf wirtschaftliche Verwertbarkeit der polnischen MigrantInnen zielt. Ist bis in die 1980er Jahre hinein die permanente Migration und Ansiedlung in die BRD üblich – in die DDR ist sie gering, die temporäre Erwerbsmigration überwiegt – bildet sich in den 1990er Jahren mit dem Fall der Grenzen nach Osteuropa ein neues Migrationsmuster heraus: die Pendelmigration in Form von Saison- und Werkvertragsarbeit.

Auch Heiratsmigration als typisch weibliche Migrationsstrategie nimmt zu. Miera erklärt diesen »Qualitätswechsel« in den Migrations- und Integrationsmustern als Anpassung an verschärfte Arbeitsbedingungen und globalisierte Märkte. MigrantInnen organisieren ihre Lebensführung zunehmend transnational. Viele arbeiten in Deutschland, haben ihren Lebensmittelpunkt und ihre Familie aber in Polen. Dies ist nicht neu, verstärkt sich aber in den 1990er Jahren. Gewandelt hat sich auch der Blick der ForscherInnen auf Migration. Wanderungsbewegungen werden nicht mehr als Bewegung in eine Richtung, sondern als komplexes Hin-und-Her verstanden.



Wer unter dem Titel *Polski Berlin* einen stärkeren Fokus auf das »polnische Berlin« erwartet, wird etwas enttäuscht. Der Großteil des Buchs handelt von der nationalstaatlichen Regulierung polnischer Migration. Miera beschreibt die Integration polnischer MigrantInnen ins Erwerbsleben und die polnische Community in Berlin. Das »polnische Berlin« ist relativ unsichtbar, die polnischen MigrantInnen gelten als »gut integrierte« Gruppe. Die Autorin macht deutlich, dass die sozioökonomische Situation der »neuen« MigrantInnen in den 1990er Jahren wesentlich schlechter ist als die der »alten«. Die »Neuen« arbeiten (noch) häufiger im informellen Bereich. Es gibt Konflikte zwischen den »neuen« und den »alten«.

Die Stärke von Mieras Studie liegt weniger in der Analyse, sondern vielmehr in ihrer umfassenden Darstellung des deutsch-polnischen Migrationssystems – einschließlich der DDR – über einen langen Zeitraum. Miera macht deutlich, welche konkreten Auswirkungen politische und behördliche Statuszuweisungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von (polnischen) MigrantInnen haben. Der »Normalfall Migration« und seine Eigensinnigkeit werden sichtbar: Migration findet statt und sie findet Wege. Migrationswillige Menschen reagieren auf gesetzliche Regelungen und erschließen sich neue Migrationswege.

POLEN–DEUTSCHLAND UND ZURÜCK

Mieras Studie reicht bis Ende der 1990er Jahre. Mit der EU-Osterweiterung im Mai 2004 beginnt eine neue Phase polnisch-deutscher Wanderungsbewegungen.

Hier setzt der Sammelband *Von Polen nach Deutschland und zurück* an, der die Arbeitsmigration in dieser neuen Phase beleuchtet und eine Bilanz nach drei Jahren EU-Osterweiterung zieht. Obwohl Polen inzwischen Mitglied der EU und ihres gemeinsamen Binnenmarktes ist, sind die westeuropäischen Arbeitsmärkte vor polnischen ArbeiterInnen teilweise abgeschottet. Alle zwei bis drei Jahre wird neu verhandelt, ob die Zugangsbeschränkungen aufgehoben werden.

Während einige Länder wie Großbritannien und Irland ihre Arbeitsmärkte geöffnet haben, gehen die politischen Bestrebungen in Deutschland und Österreich dahin, den Arbeitsmarktzugang weiterhin zu beschränken. Diese Rahmenbedingungen sowie Daten und Fakten zur Arbeitsmarktintegration von PolInnen in Deutschland beschreiben Barbara Dietz, Elmar Hönekopp und Pawel Kaczmarczyk.

In einem analytischen Beitrag unterscheidet Ludger Pries verschiedene Typen von Migration. Ihm zufolge sind transnationale soziale Räume eine wichtige Form gesellschaftlichen Zusammenlebens in Europa und ein relevanter Faktor der europäischen Integration »von unten«. Denn mit der Zunahme transnationaler Lebensführung stoßen auch die herkömmlichen Konzepte nationalstaatlicher Integration an ihre Grenzen.

Migration wird stark von persönlichen und »ethnischen« Netzwerken geprägt. Birgit Glorius beschreibt in ihrer Studie zu polnischen MigrantInnen in Leipzig deren sozialen Netzwerke und Motive, sowie die Transnationalisierung ihrer Lebensstile. Auch Agnes Senganata Münst gibt spannende biographische Einblicke in das Leben undokumentierter, polnischer Haushaltsarbeiterinnen im Ruhrgebiet und ihrer Netzwerke. Den Privathaushalt als klassischen Arbeitsplatz polnischer Migrantinnen untersucht auch Dobrochna Kalwa.

Die letzten Artikel des Sammelbands untersuchen den Einfluss der Arbeitsmigration auf die Herkunftsgemeinden. Meist werden die Migration aus Polen – so auch von Frauke Miera – und ihre Auswirkungen auf die Aufnahmeländer betrachtet. Selten wird gefragt, welche Folgen die (temporäre) Auswanderung auf die Herkunftsregionen, ihre Sozialstruktur und wirtschaftliche Entwicklung hat. Emilia Lewandoska und Tim Elrick vergleichen zwei polnische Gemeinden mit unterschiedlicher Migrationsgeschichte und stellen kontrastierende Muster fest: In der Gemeinde Wilków in Ostpolen leben zahlreiche deutschstämmige PolInnen. Hier bestehen intensive Kontakte nach Deutschland und haben sich eine Vielzahl kleiner Netzwerke zur undokumentierten Arbeitsmigration herausgebildet. In der Gemeinde Nowy Korczyn bestehen diese Kontakte nicht. Hauptzielländer auswandernder PolInnen sind hier Großbritannien und Irland.

Die beiden AutorInnen zeigen auf, wie sich die Migration auf das Beziehungsgefüge zwischen Alt und Jung, Dagebliebene und MigrantInnen auswirkt, welche sozialen Konflikten etwa bei der Übernahme neuer kultureller Eigenheiten entstehen und wie ein Kommerzialisierungsschub im lokalen Beziehungsgefüge entsteht. ‹›

Polski Berlin. Migration aus Polen nach Berlin *Integrations- und Transnationalisierungsprozesse 1945 bis Ende der 1990er Jahre* Frauke Miera, Westfälisches Dampfboot, Münster 2007, EUR 29,90

Von Polen nach Deutschland und zurück *Die Arbeitsmigration und ihre Herausforderungen für Europa* Magdalena Nowicka (Herausgeberin), Transcript Verlag, Bielefeld 2007, EUR 30,80

STURM AUF DIE FESTUNG

BETTINA ENGELS

Wie schreibt man ein Buch über die Festung Europa für diejenigen, die nicht sowieso schon migrationspolitisch aktiv sind? Unter sich zu bleiben und LeserInnen aus dem eigenen Umfeld mit Argumenten zu stärken, ist vergleichsweise einfach. Ein breiteres Publikum zu erreichen, ist schwieriger. Ein solches Vorhaben ist immer mit dem Risiko behaftet, in Vorwegnahme vermuteter Bedürfnisse der potenziellen LeserInnen ungewollt Bilder zu reproduzieren, die dem eigentlichen Ziel eines solchen Buchs zuwider laufen.

Die Wiener Journalistin Corinna Milborn hat es trotzdem versucht. Allerdings formuliert sie nicht explizit, welches Publikum sie mit Gestürmte Festung Europa erreichen will.

In neun Reportagen schildert sie facettenreich die Abschottungspolitik der Festung Europa aus der Perspektive der MigrantInnen. Sie erzählt vom Leben afrikanischer Flüchtlinge in und vor den spanischen Enklaven in Marokko; von der Flucht über das Mittelmeer, die jedes Jahr für tausende Menschen tödlich endet; vom illegalisierten Leben und Arbeiten auf spanischen Plantagen und in Wiener Haushalten; von Lagern, Abschiebegefängnissen und Ghettos.

Das Buch lebt von der Eindringlichkeit persönlicher Lebensgeschichten: Faly, der mit 13 aus Guinea-Bissau geflohen ist, zu Fuß die Sahara durchquert hat und beim Massenansturm auf den Zaun nach Ceuta gelangt ist; Carmela, 18, aus Ecuador, die in Wien Privatwohnungen und Restaurants putzt und Albträume von Razzien hat (»Für den Chef wäre es ja nur eine Strafe, aber mich würden sie ins Gefängnis bringen und abschieben.«); Emmanuel, der 1962 als Bauarbeiter

aus Mali nach Paris kam und heute, mit 74 Jahren, in einem »Klein Bamako« genannten Wohnheim in der Banlieue Montreuil-sous-Bois lebt.
Eine heikle Metapher durchzieht das Buch: Europa sei ein »Pulverfass«, dessen »Zündschnur brennt«. Der soziale, politische und ökonomische Ausschluss von MigrantInnen sei der »Nährboden, auf dem Verständnis für terroristische Anschläge wie die Bomben von London und den Mord an dem Filmemacher Theo van Gogh wächst«. Eines der neun Kapitel gilt dem »Terror in Londonistan«, inklusive Fotos von Koranschulen und verschleierten Frauen. Sozialer Ausschluss und Perspektivlosigkeit treibe ganze Stadtteile junger Muslime der zweiten und dritten Generation in die Arme von »Hasspredigern«. Wie die vier Attentäter der Londoner Anschläge vom Juli 2005 leben »Hunderttausende« in Großbritannien. Da klingt die anschließende Frage »Wie viele junge Europäer mit Migrationshintergrund stehen noch an der Kippe zum radikalen Islamismus?« rhetorisch. Das Buch bedient das Bedrohungsszenario, unter MigrantInnen beziehungsweise ihren Kindern und Enkeln wüchsen in Europa Tausende potenzieller Terroristen heran.
Ein grundlegender Wandel der europäischen Migrations- und Integrationspolitik ist notwendig, so Corinna Milborns Schluss. Nicht jedoch, weil es gilt, die Ordnungsprinzipien »Staat« und »Grenze«, auf denen die Festung Europa gebaut ist, in Frage zu stellen, sondern, weil sonst droht, »was Afrikaner seit Jahren ankündigen: ein Massenansturm auf den reichen Norden«.
Das Buch füttert damit die Angst vor dem »Ansturm der Armen«: »Denn Millionen warten darauf, über das Meer nach Europa zu kommen.« Die Forderung nach der notwendigen Umkehr in der Migrations- und Integrationspolitik baut in Corinna Milborns Buch auf zwei Szenarien auf, die so populär wie problematisch sind: Die Angst vor terroristischen Anschlägen in Europa einerseits und die Befürchtung eines »Massenansturms« von MigrantInnen andererseits.
Die Außenmauern und die tragenden Wände des europäischen Festungsgebäudes bekommen Risse, die mit immer mehr Wällen nach außen und immer restriktiveren Maßnahmen nach innen abzudichten versucht werden. Corinna Milborn fordert dagegen eine Komplettsanierung, »einen radikalen Bewusstseinswandel in der Gesellschaft«. So radikal sind die Forderungen – Verhinderung von Ghettobildung, Förderung binationaler Ehen, Antidiskriminierungsgesetze und »partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern« – dann nicht. Radikal wäre keine Sanierung der Festung Europa, sondern ihr Abriss einschließlich ihres Fundaments. Für AktivistInnen der Flüchtlings- und Solibewegungen bietet Gestürmte Festung Europa wenig Neues. Einem breiteren Publikum führt es die Lebenswirklichkeiten von Flüchtlingen in der restriktiven europäischen Migrationspolitik eindrücklich vor Augen. ‹›

Gestürmte Festung Europa *Einwanderung zwischen Stacheldraht und Ghetto, Das Schwarzbuch*Corinna Milborn, Styria Wien, 2006, EUR 19,90

STAHL UM JEDEN PREIS

BETTINA ENGELS

»Wie – um alles in der Welt – sollen die Zwangsumgesiedelten ohne die einfachsten Geräte und ohne eine Mahlzeit während des Tages (...) der Landwirtschaft nachgehen? Auf diese Frage hat keiner eine Antwort.« Zitat aus einem Brief der Adivasi aus dem Jahr 1955.
Ein weiteres Zitat stammt aus dem Sammelband *Rourkela und die Folgen* von einem Mitarbeiter der KFW Bank: »In den fünfziger Jahren hatte die staatliche Hindustan Steel Limited (HSL) von 36 deutschen Firmen (darunter Mannesmann und Krupp) mit 3.000 Unterlieferanten ein komplettes Stahlwerk gekauft, ohne dass eine ausreichende Koordination der Einzellose gewährleistet war.«
Hintergrund und anhand von Orginaldokumenten und abgedruckten Artikeln ausführlich und gut lesbar dargestellt, ist die Errichtung eines Stahlwerks mit deutschem Privat- und Staatskapital in den 50er Jahren im indischen Bundesstaat Orissa.
Initiator war die deutsche Industrie. Bedacht, das durch den Nationalsozialismus ramponierte Image wieder herzustellen, entschloss man sich im indischen Dschungel dieses Stahlwerk zu errichten. Tausende von ehemaligen Landsern fanden ein neues Betätigungsfeld. Alte Seilschaften funktionierten hervorragend. Offiziell entnazifiziert, begann man im tropischen Klima erneut Gutes an der Menschheit zu tun. Als dann das Geld ausging, rief das Konsortium die neue Bundesrepublik zu Hilfe.
Heute würde man das eleganter formuliert PPP (privat public partnership) nennen. Damals begann die staatliche KFW Bank jenes System der Förderung und Absicherung privatwirtschaftlicher Aktivitäten zu etablieren, welches bis heute existiert und gemeinhin »Entwicklungshilfe« genannt wird. Ausgestattet mit solcherart monitärer Sicherheit, ließ sich der latente Rassismus vor Ort unbeschwert weiter leben. Die im Arierdenken geschulten Deutschen fanden in der sich arisch definierenden indischen Oberschicht kongeniale Partner.
Nicht nur das Stahlwerk wurde flott errichtet, ein Erfolg, der maßgeblich den späteren Siegeszug der deutschen Exportwirtschaft begründete, auch die störenden Ureinwohner wurden sach- und fachgerecht entsorgt. Man lud sie auf Lastwagen und schüttete sie zu Tausenden Kilometer entfernt in den Dschungel, wo man sie ihrem Schicksal überließ (Die Massengräber sind heute noch zu finden, allerdings interessiert sich von der KFW niemand dafür). Retten konnten sich jene, die als Hausangestellte, Handlanger und Prostituierte den Herren aus Europa zu Dienste waren. Während einer Veranstaltung 2006, auf die die meisten Beiträge im Buch zurückgehen, fasste ein ehemaliger Arbeiter die damalige Stimmung so zusammen: »Als ich gerade aus Deutschland gekommen in Rourkela ankam, war die erste Frage, die man mir am Flughafen stellte: »Willst du zuerst ficken oder zuerst essen.«
Heute hat das einstige Dorf Rourkela über 500.000 Einwohner. Der mit detaillierten Orginaldokumenten versehene Sammelband gibt Auskunft über den Beginn der deutschen Exportindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg.
Während sich die Industrie jedoch an solche Anfänge kaum erinnern mag, leben die Adivasi und ihre Nachkommen bis heute in derselben prekären Situation, die ihnen die »Entwicklungshelfer« schon vor 50 Jahren zugewiesen haben.

Rourkela und die Folgen *50 Jahre industrieller Aufbau und soziale Verantwortung in der deutsch-indischen Zusammenarbeit* Adivasi-Koordination in Deutschland e.V. (Herausgeber), Draupadi Verlag Heidelberg, 2007, EUR 17,00

AUTONOMIE DER MIGRATION

BETTINA ENGELS

Mit *Turbulente Ränder* präsentiert die Gruppe *Transit Migration* die Ergebnisse eines zweijährigen Kunst- und Forschungsprojekts.
Die Gruppe aus Kultur- und SozialwissenschaftlerInnen, KünstlerInnen und FilmemacherInnen hat sich zwischen 2004 und 2006 mit Fragen transnationaler Migration und ihrer Repräsentation in Medien und Wissenschaft befasst. Dabei nimmt sie einen Teil der EU-Außengrenze in den Blick, der vergleichsweise selten im Mittelpunkt der Debatte steht: den südöstlichen Rand Europas, Griechenland, die Türkei, das ehemalige Jugoslawien. Ausgangspunkt des Projekts ist die Feststellung, dass die politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Migration immer noch von einer Idee von »Entwurzelung und Wiedereinpflanzung« bestimmt ist. Migration wird als räumlich und zeitlich klar begrenzter, kontrollier- und steuerbarer Prozess von Aus- und Einwanderung gedacht. Politisch führt das zum Fokus auf Kontrolle und Steuerung von Migration auf der einen und auf »Integration« auf der anderen Seite.
Diesen wissenschaftlichen und politischen Konzepten setzt das Projekt die These von der »Autonomie der Migration« entgegen. Denn Migration lässt sich aus seiner Sicht nicht auf Abschottungspolitik und die Militarisierung der EU-Außengrenzen reduzieren. Migrationsbewegungen nach, in und aus Europa und die politischen Versuche ihrer Steuerung und Kontrolle sind vielschichtiger, als die Metapher der »Festung Europa« unterstellt.
Die unterschiedlichen Perspektiven der AutorInnen spiegeln sich in den Beiträgen des Sammelbands wider: Aus anthropologischer und soziologischer Sicht diskutieren sie das europäische Grenzregime (Sabine Hess, Vassilis Tsianos), die »Kunst des Regierens« von Migration (Sabine Hess, Serhat Karakayali), Lager- und Überwachungspolitiken in der Ägäis (Efthimia Panagiotidis, Vassilis Tsianos) und im ehemaligen Jugoslawien (Manuela Bojadcijev). Rutvica Andrijaceviç analysiert kritisch eine Kampagne der Internationalen Organisation für Migration (IOM) gegen Menschenhandel, die 1999 in der Tschechischen Republik gemeinsam mit einer Frauen-NGO realisiert wurde.
Ramona Lenz untersucht die vielfältigen Verbindungen zwischen Migration und Tourismus im Mittelmeerraum. Der Medienaktivist Dont Rhine von der Sound-Art-Gruppe Ultra-red berichtet in einem sound diary von seinen Erlebnissen in Belgrad im Juli 2004, als ihm und drei weiteren Mitgliedern von Transit Migration nach einem ersten Besuch in einem Flüchtlingslager ein zweiter Termin dort verweigert wurde.
Die Berliner Filmemacherin Brigitta Kuster diskutiert in ihrem Beitrag »Die Grenze filmen«, wie Migration und MigrantInnen in Film- und Fernsehdokumentationen präsentiert werden.
Ein wesentlicher Bestandteil des künstlerischen Teils des Projekts war die Ausstellung *Projekt Migration* in Köln im Winter 2005/06. Darüber berichtet die künstlerische Leiterin, Marion von Osten. Ein weiteres zentrales Teilprojekt ist *MigMag*, eine »virtuelle Kartographie der Europäischen Migrationspolitik«. MigMag wurde von der Schweizer Plattform Labor k3000 realisiert und nutzt Instrumente der Kartographie und des Mapping, um nicht – wie es Landkarten im konventionellen Sinn tun – territoriale Grenzen festzuschreiben, sondern Migration als sozialen Raum mit den ihm eigenen Grenzen zu zeigen. Bislang sind vier verschiedene Karten zu den Themen Akteure, Diskurse, Europäisierung sowie Orte und Praktiken auf der Projekthomepage erschienen. Peter Spillmann von Labor k3000 beschreibt die Idee und Umsetzung von MigMag.
In zwei abschließenden Beiträgen formulieren Manuela Bojadcijev und Serhat Karakayal Thesen zur Autonomie der Migration und Regina Römhild entwirft perspektivisch den »Traum von einem offenen Europa«. Dabei wäre der Beitrag »Autonomie der Migration. Zehn Thesen zu einer Methode« zu Beginn des Buches besser platziert, trägt er doch maßgeblich zum Verständnis der theoretischen und politischen Perspektive bei.
Der Sammelband eröffnet, wie der Titel verspricht, »neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas«: Zum einen, weil er mit der südöstlichen eine selten diskutierte EU-Außengrenze in den Blick nimmt; zum anderen, weil er mit der Verbindung von Wissenschaft und Kulturproduktion eigene disziplinäre Grenzen überschreitet.
Anspruch des Projekts Transit Migration ist es, Partei zu ergreifen, »Machtwirkungen von Wissensproduktion zu hinterfragen« und »nicht selbst ›Kontrollwissen‹ hervor[zu]bringen«. Dabei bringt es allerdings kaum Wissen hervor, das von den Betroffenen selbst genutzt werden kann. Das Buch richtet sich mit seiner kulturwissenschaftlichen Terminologie an eine spezifische akademische Öffentlichkeit, kaum an die große Mehrheit der MigrantInnen selbst, ihre Selbsthilfe- oder andere migrationspolitische Gruppen. ‹›

Turbulente Ränder *Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas* Transit Migration Forschungsgruppe (Herausgeber), Verlag Transcript, Bielefeld, 2007, EUR 24,80

VIER RÄDER UND EIN HALLELUJA

CHRISTIAN SCHRÖDER

Ein Auto, Kunstdünger und zweckentfremdete Elektronik – viel mehr braucht man nicht, um eine Massenvernichtungswaffe herzustellen. Autobomben sind billig und äußerst wirkungsvoll. Der US-amerikanische Stadtforscher Mike Davis hat mit *Eine Geschichte der Autobombe* eine umfassende Technikgeschichte dieser mörderischen Waffe geschrieben.
Das wahrscheinlich erste Fahrzeug mit explosiver Ladung detonierte 1920 in der New Yorker Wall Street. Ein italienischer Anarchist ließ aus Rache für seine inhaftierten Genossen eine Bombe in einem Pferdekarren explodieren. 40 Menschen starben. Seit diesem Prototyp hat die

Autobombe eine unheilvolle und zerstörerische Entwicklungsgeschichte hinter sich.
Die erste Autobombe mit tödlicher Wirkung detonierte 1947 in Haifa, ein Werk extremistischer Zionisten gegen eine britische Polizeistation. Der Vietcong versuchte zwischen 1963 und 1966 mit Motorrad- und Autobomben gegen US-amerikanische Quartiere und die US-Botschaft, die Besatzer aus dem Land zu bomben. Die radikale studentische Antikriegsgruppe *New year's Gang* entdeckte, dass eine Mischung aus Kunstdünger und Diesel einen kraftvollen Sprengstoff ergibt, womit sie ein Forschungsinstitut der US-Army in die Luft sprengte.
Die ersten Selbstmord-Autobomben der Hisbollah zu Beginn der frühen 1980er Jahre rissen zahlreiche Israelis in den Tod. Die sezessionistische Bewegung der tamilischen Tiger auf Sri Lanka kopierte die Kamikazestrategie vielfach. Die algerische Untergrundarmee OAS, die korsischen Nationalisten FLNC, die baskische ETA, die nordirische IRA, die italienische Mafia, die tschetschenische Guerilla und viele andere Gruppen experimentierten in bestimmten Konfliktphasen mit der tödlichen Wirkung der Autobombe.
Aber auch Geheimdienste sollen sie eingesetzt haben. In den 80er Jahren waren es vor allem islamische Terroristen, die die Autobombe zu einer systematisch und flächendeckend eingesetzten Waffe machten. In den 90er Jahren wurde sie gegen US-Einrichtung in aller Welt eingesetzt und avancierte zu einem »Werkzeug städtischen Terrors«, einer Massenvernichtungswaffe gegen »weiche Ziele«. Seitdem wurde die Autobombe zu einer Open Source für terroristische Gruppen und Netzwerken und zu einer Methode des fundamentalistischen islamischen Terrorismus, so Davis. Niemand ist derzeit stärker davon betroffen als die irakische Stadtbevölkerung. Seit 2003 vergeht kaum ein Tag ohne die Explosion einer Autobombe, fast 600 tödliche detonierten nach einer Hochrechnung des Autors allein bis Mitte 2006.
Längst haben die Anschläge zu einer Ausweitung der Sicherheitsmaßnahmen im städtischen Raum geführt: Mautsysteme wie in der City of London werden zu Überwachungssystemen umfunktioniert. Gated Communities und architektonische Barrieren sollen vor Anschlägen schützen.
Doch auch in Zukunft wird eine »technische Lösung« unwahrscheinlich sein, prophezeit Davis. Polizei und Militär sind gegen diese Art von tödlicher Waffe machtlos, wie im Irak zu sehen ist. In Bagdad hat sich das US-Militär in einer »grünen Zone« verbarrikadiert, die es militärisch vom Rest der Stadt, der unsicheren »roten Zone«, abschirmt, in der die IrakerInnen wohnen – eine exklusive Strategie, die Sicherheit nur für wenige bietet.
Soziologe Davis beschreibt die Entwicklung der Autobombe als das Öffnen der Büchse der Pandora. Mit seinem ungewöhnlichen Blick schafft es der kreative Vielschreiber Davis auch in Zeiten allgemeiner Terrorhysterie diese Waffe nicht losgelöst von sozialen Strukturen, umfassend und spannend darzustellen. ‹›

Eine Geschichte der Autobombe Mike Davis, Assoziation A Berlin und Hamburg, 2007, EUR 20,00

FILM: AU CLAIR DE LA LUNE...

BETTINA ENGELS

»Afrika ist nicht arm, es ist verarmt«, sagt die ehemalige Kulturministerin Malis, Aminata Traoré. Die reichen Länder des Nordens verdienen an dieser Verarmung und schotten sich gleichzeitig immer stärker gegen die Migration aus dem Süden und Osten ab.
Die Berliner Dokumentarfilmerin Leona Goldstein zeigt am Beispiel der westafrikanischen Staaten Mali, Burkina Faso und Côte d'Ivoire die politischen und wirtschaftlichen Hintergründe, die Menschen zur Migration bewegen.
Dabei werden die ungleichen Beziehungen zwischen Afrika und Europa immer mitgedacht. So führt der Druck des Weltmarkts auf den Kakaopreis zu einer tiefen Wirtschaftskrise in der Côte d'Ivoire, dem größten Kakaoproduzenten der Welt. Nach zwei Putschversuchen kommt es zum Krieg, der Hunderttausende zur Flucht zwingt. Die meisten Flüchtlinge bleiben im Land oder in den Nachbarstaaten Mali und Burkina Faso. Diese belegen auf der Entwicklungsskala der Vereinten Nationen den dritt- beziehungsweise viertletzten Platz. Für die meisten Menschen geht es hier ums reine Überleben. Der Film zeigt Flüchtlinge in einem Lager in Burkina Faso. Frauen, die Schwerstarbeit im Steinbruch verrichten, um ihre Kinder durchzubringen. Statistisch bringt jede Frau in Burkina Faso sechs bis sieben Kinder zur Welt, von denen zwei noch vor ihrem fünften Geburtstag sterben.
Kontrastiert dazu ist der aufwändige und teure Wahlkampf zu sehen, in dem Präsident Blaise Compaoré 2005 um eine dritte Amtszeit wirbt.
Nicht umsonst hat der letzte nationale Entwicklungsbericht für Burkina Faso, den die Vereinten Nationen 2003 veröffentlichen, Korruption zum Hauptthema. Auch lokale und internationale Menschenrechtsorganisationen beobachten die Situation mit viel Kritik.
Noch immer sind die Umstände der Ermordung des prominenten oppositionellen Journalisten Norbert Zongo im Dezember 1998 nicht geklärt. Die sozialen Bewegungen Burkina Fasos gehen bis heute anlässlich seines Todestages für Meinungsfreiheit und Menschenrechte auf die Straße. *Au clair de la lune ...* zeigt die Demonstration in der Hauptstadt Ouagadougou im Jahr 2005.
Der Film verzichtet dabei auf Off-Töne und lässt das Wort den Flüchtlingen, Arbeiterinnen und Oppositionellen. Außerdem sind prominente Persönlichkeiten der afrikanischen Globalisierungskritik zu hören: Aminata Traoré, der Sänger Tiken Jah Fakoly und der Präsident der Interafrikanischen Liga für Menschenrechte Halidou Ouedraogo.
Au clair de la lune ... will Fragen aufwerfen, keine Antworten vorformulieren. Der Film wirft Schlaglichter:
Der Krieg in Côte d'Ivoire, der Wahlkampf in Burkina Faso und der Einfluss Frankreichs auf seine ehemaligen Kolonien sowie die spanischen Exklaven in Marokko und die Lager der Flüchtlinge um sie herum.
Vor den Bildern politischer und ökonomischer Lebensbedingungen in Westafrika macht er begreifbar, warum Menschen die gefährliche Reise über Marokko nach Europa antreten, die für viele tödlich endet: »Gerechtigkeit, Gleichheit, soziale Sicherheit, Arbeit für junge Menschen«, sagt der Reggaesänger Tiken Jah Fakoly, »wir leben hier schließlich nicht auf dem Mars, sondern auf dem gleichen Planeten wie alle anderen.«

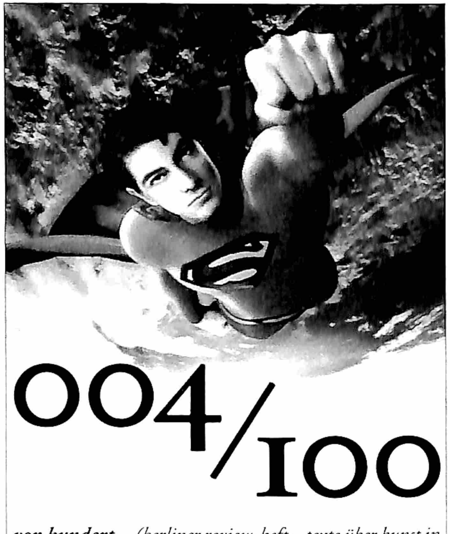
»Ihr Europäer schottet eure Grenzen ab, während ihr selbst so selbstverständlich in unsere Länder kommt, als würdet ihr aufs Klo gehen! « (Tiken Jah Fakoly)
»Wenn ihr nicht wollt, dass jemand zu euch kommt, dann lasst ihm die Möglichkeit, seine Reichtümer selbst zu verwalten, und nehmt ihm nicht das, was er braucht, um würdevoll in seiner Heimat zu leben, während ihr gleichzeitig eure Tür doppelt verriegelt« (Aminata Traore)
Auf einer Reise durch Burkina Faso, Mali und die Elfenbeinküste fragt die Dokumentarfilmerin Leona Goldstein nach den europäischen Interessen an den afrikanischen »Krisen« und den Realitäten der globalen Bewegungsfreiheit«.
Sie zeigt korrupte Politiker und ihre teuren Wahlkampagnen, die Ausbeutung von Rohstoffen und von Menschen. Sie spricht mit Oppositionellen, Flüchtlingen und Arbeiterinnen in Steinbrüchen über ihren Alltag und die Beziehungen zwischen Süd und Nord. »Wenn jemand nichts zu essen hat, und ich kann ihm nichts geben, dann geht er weg. So einfach ist das«, sagt ein Protagonist.
Die Reise führt sie bis an die europäische Südgrenze zwischen Marokko und Spanien. Der Zaun von Ceuta ist das Bollwerk, mit dem die EU die Ärmsten aussperrt. Archivmaterial aus den Lagern und Interviews mit Flüchtlingen an dieser Grenze zeigen die andere Seite Europas.
Zu Wort kommen unter anderem der Präsident der Inter-Afrikanischen Menschenrechtsliga, Halidou Ouedraogo; die Globalisierungskritikerin und ehemalige malische Kulturministerin Aminata Traore und der Musiker Tiken Jah Fakoly.

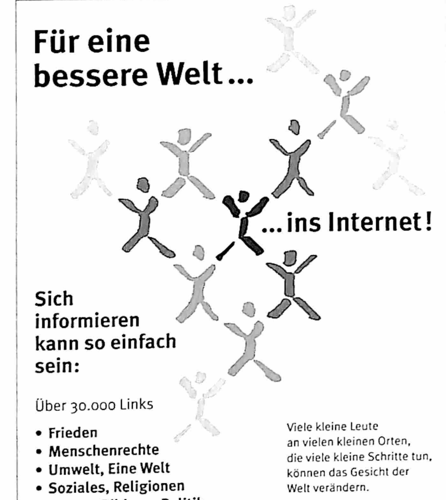
DIE REGISSEURIN

Leona Goldstein, geboren 1976, hat Kommunikationsdesign in Dortmund, Rom und Berlin studiert. In zahlreichen Film- und Fotodokumentationen setzt sie sich mit Fragen von Migration, Flucht und Sozialpolitik auseinander und arbeitet dazu in Ländern in wie in Mexiko, Burkina Faso, Vietnam, der Ukraine und Italien. Ihre Arbeiten sind in Ausstellungen in Rom, Warschau, Kiew und Berlin zu sehen. Für die Arbeit *Au clair de la lune…* » reist sie zehn Monate durch mehrere Länder Westafrikas. ‹›

Au clair de la lune … *Realités françafricaines* Buch, Regie, Kamera: Leona Goldstein, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Mali, Marokko 2006, 38 Minuten, DVD
Bezug Zapanka Film, Manteuffelstraße 41, 10997 Berlin, E-Mail contact@zapanka.net

ZAG 51

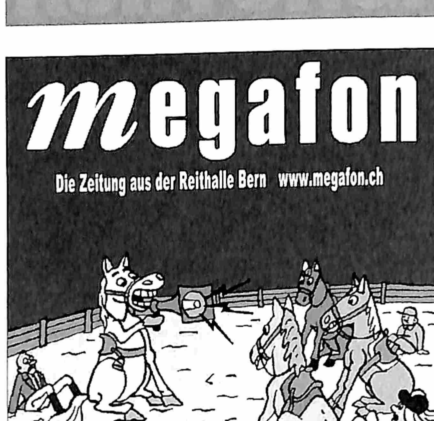








ACHTUNG!













IMPRESSUM

Herausgeber Antirassistische Initiative e.V. **Die ZAG** ist eine autonome AG der ARI. Die Artikel geben nicht immer die Meinung der gesamten Antirassistischen Initiative wieder. **Redaktionsanschrift** ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin **Telefon** 7857281 **Fax** 6913005 **E-Mail** redaktion@zag-berlin.de **Internet** www.zag-berlin.de **Bankverbindung** Antirassistische Initiative e.V., Stichwort ZAG, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 20 500, ZAG-Kontonummer 3 039 601 **Grafische Gesamtgestaltung** Gute Gestaltung **Druck** Fata Morgana **Gewerbliche Anzeigen** Es gilt Anzeigenpreisliste 01. April 2001 **V.i.S.d.P.** dieser Ausgabe Brigitte Lötsch

Die ZAG im Abonnement www.zag-berlin.de **oder** ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin ***Vier Ausgaben*** kosten EUR 14,00 inklusive Versandkosten (Ausland EUR 20,00). Lieferung nur bei vollständig ausgefüllter Bestellung und Überweisung (Name, Adresse Wohnort). Überweisungen ohne Angabe von Name oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden! Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, der zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassistische Initiative. Spenden sind steuerlich absetzbar. Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens fünf Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 Prozent Wiederverkäuferrabatt. Ältere Ausgaben der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden und stehen zum Teil als Pdf-Dateien komplett auf der Homepage.

Abbildungen **Titelseite** Robert Powell, britischer Schauspieler in *Gesù di Nazareth*, 1977, Regie Franco Zeffirelli **Seite 8** Helmtaucher **15** Johnny Weissmüller, amerikanischer Schwimmer und Schauspieler in *Tarzan Escapes*, 1936, Regie Edgar Rice Burroughs **16** Alain Robert, französischer Freeclimber, bekannt als *French Spiderman* **23** Alfred Wegener, deutscher Meteorologe, Polar- und Geowissenschaftler **28** Edwin Aldrin, fotografiert von Neil Armstrong, amerikanische Astronauten während der Mondlandung der Apollo-11-Mission am 21. Juli 1969 **Rückseite** Juri Alexejewitsch Gagarin, sowjetischer Kosmonaut und erster Mensch im Weltall am 12. April 1961

BACKLIST

2007 **Nummer 50** Verschwörungen ***2006*** **49** Nationale Befreiungsbewegungen **48** Die Türkei in Europa ***2005*** **47** Produktionen des Westens (Gemeinschaftsausgabe mit Kleine Anfrage/sul serio) **46** Lechts und Rinks ***2004*** **45** Migration von Frauen *vergriffen* **44** Migrationsmanagement *vergriffen* ***2003*** **43** Antiziganismus **42** 911 Turbo ***2002*** **41** Monster AG **40** Blitzkulturen ***2001*** **39** Antisemitismus *vergriffen* **38** Abschiebeknäste ***2000*** **36/37** Zimmer ohne Aussicht **35** Schengenland **34** Islambilder ***1999*** **33** Konzepte antirassistischer Arbeit **32** Bilder-ZAG **31** Gesundheit als Privileg **30** Das Ende der Tabus ***1998*** **29** Sport und Rassismus **28** Innere Sicherheit light, Alternative Sicherheitskonzepte **27** Antirassistische Jugendarbeit **26** MigrantInnen ***1997*** **25** Arbeit mit Illegalisierten, Wege aus der Illegalität **24** Globale Migrationskontrolle **23** Mobilität **22** City 2000 ***1996*** **21** Balkan, Krieg und Flucht **20** Ökologie **19** Einwanderungspolitik **18** VietnamesInnen in Berlin (Gemeinschaftsausgabe mit Arranca!) *vergriffen* ***1995*** **17** Alltag, Kultur, Rassismus **16** Europa **15** Illegalisierung *vergriffen* **14** Deutscher Antirassismus? (Gemeinschaftsausgabe mit Off Limits) ***1994*** **13** Polizei und Justiz **12** Rassismus, Soziale Frage **11** Innere Sicherheit **10** Rassismus und Bildung ***1993*** **09** Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen *vergriffen* **08** Ausweisung und Abschiebungen *vergriffen* **07** Rassismus und Bildung *vergriffen* **06** Gleiche Rechte für alle/Lagerkampagne *vergriffen* ***1992*** **05** Roma, Rostock *vergriffen* **04** Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda *vergriffen* **03** Wer schweigt, stimmt zu **02** Greift ein! Schaut nicht weg ***1991*** **01** Rassismus tötet *vergriffen*

ZAG 52 ERSCHEINT IM FRÜHJAHR 2008